

Jahresbericht
der Bundesjugendvertretung

2024

**Wir.
Jetzt.
Hier.**

2024 für
Kinder und Jugendliche


Bundes
Jugend
Vertretung

Impressum

Österreichische Kinder- und Jugendvertretung (ÖJV)

Liechtensteinstraße 57/2, A-1090 Wien

E-Mail office@bjv.at

Web www.bjv.at

Der Verein ist die Geschäftsstelle der Bundesjugendvertretung gem. § 10 Bundes-Jugendvertretungsgesetz.

Redaktion

Stephanie Auzinger, Natalie Haas, Maria Lettner, Zuzana Mihaleova, Sebastian Muckenhuber, Nicole Pesendorfer-Amon, Paula Schwentner, Kristina Veraszto und Sarah Zauner

Design & Layout

solo ohne — Studio für Gestaltung

Lektorat

Wiebke Haag

Druck

Gugler Medien GmbH

Bundeskanzleramt

Gem. den Bestimmungen des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes § 10 wird die Arbeit der Bundesjugendvertretung vom **BKA/Sektion VI/Familie und Jugend** unterstützt.



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der OeAD-GmbH wider. Weder die Europäische Union noch die OeAD-GmbH können dafür verantwortlich gemacht werden.

Inhaltsverzeichnis

4 Einleitung

Die Bundesjugendvertretung

7 Über uns

9 Auftrag & Struktur

10 Mitgliedsorganisationen

Highlights der BJV-Aktivitäten

12 Wahljahr 2024

14 EU-Wahl

16 Nationalratswahl

20 Aufwachsen in Frieden & Sicherheit

22 Kinderbeirat

24 Klimajugendrat

26 Jugendgedenken

27 Vollversammlung 2024

2024 für Kinder und Jugendliche

29 Österreichs Jugend in Zahlen

32 Klima

34 Gesundheit

36 Kinder- und Jugendarbeit

37 Kinder- und Jugendarmut

Kinder- und Jugendbeteiligung

39 Frauenkomitee

40 Inklusionsbeirat

41 EYD-Programm

42 EU-Jugenddialog

44 UNYD-Programm

Öffentlichkeitsarbeit

46 Pressestimmen

51 Social Media, Material & Newsletter

Einleitung

4

2024 war in der Bundesjugendvertretung (BJV) geprägt vom Superwahljahr. Sowohl bei den Wahlen zum Europäischen Parlament als auch bei der Nationalratswahl haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Anliegen von Kindern und Jugendlichen im Wahlkampf nicht untergehen. Dabei stellten wir jugendspezifische Infoangebote zur Verfügung, u. a. eine große Diskussion mit Vertreter*innen aller Parlamentsparteien, die wir gemeinsam mit Radio FM4 organisiert haben. Mit unserem Jugendcheck haben wir jugendrelevante Positionen aller bundesweit kandidierenden Parteien gegenübergestellt und einen niederschweligen Überblick für junge Wähler*innen geliefert.

Darüber hinaus haben wir mit vielfältigen Aktivitäten wichtige Themen für Kinder und Jugendliche ins Zentrum gerückt. Mit der Kampagne „Unsere Rechte, eure Spielregeln“ haben wir zu stärkerem Bewusstsein über die Rechte von Kindern und Jugendlichen beigetragen und 2024 unter einen Kinderrechte-Schwerpunkt gestellt. Besonders erfreulich ist, dass wir in der BJV einen eigenen Kinderbeirat initiiert haben, der unsere Arbeit bereichert. Dieser ist neben dem Inklusionsbeirat, der 2023 ins Leben gerufen wurde, ein wichtiger Pfeiler, damit Kinder und Jugendliche ihre Stimme direkt einbringen können.

Um Jugendanliegen international zu bündeln, sind wir mit Jugendvertretungen anderer Länder vernetzt. Beispielsweise durch unsere Arbeit im Europäischen Jugendforum, aber auch durch spezifische Projekte wie mit der Jugendvertretung Finnlands zum Schwerpunkt Frieden und Sicherheit.

Eine große Rolle spielen auch unsere Jugenddelegierten, die sich bei internationalen Konferenzen und Events für Jugendanliegen stark machen. Ein Highlight war im vergangenen Herbst erneut die Teilnahme unserer UN-Jugenddelegierten bei der UN-Generalversammlung in New York.

Gemeinsam sind wir eine wichtige Stimme für die Anliegen junger Menschen. 2025 werden wir die neue Regierung in die Pflicht nehmen, Jugendanliegen zur Priorität zu machen. Für junge Menschen braucht es langfristige Maßnahmen in zentralen Bereichen wie Gesundheit, Klima, Teuerung sowie Frieden und Sicherheit. Als starke Interessenvertretung werden wir uns dafür einsetzen, dass diese Bereiche nicht untergehen und die Zukunftsperspektiven für Kinder und Jugendliche abgesichert werden.

Das Vorsitzteam

Sabir Ansari
Julian Christian
Sabrina Prochaska
Rihab Toumi

5



Das Vorsitzteam der Bundesjugendvertretung (v. l.): Rihab Toumi, Julian Christian, Sabrina Prochaska und Sabir Ansari © BJV/Kundrat

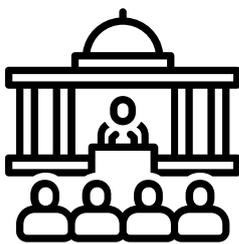


Die Bundes- jugend- vertretung

Über uns

Die Bundesjugendvertretung (BJV) ist die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Damit vertritt sie rund 3 Millionen Menschen bis 30 Jahre.

Die BJV setzt sich als Interessenvertretung gegenüber der Politik für die vielfältigen Anliegen von jungen Menschen ein – seit 2001 ist sie gesetzlich verankert und hat sozialpartnerschaftlichen Status.



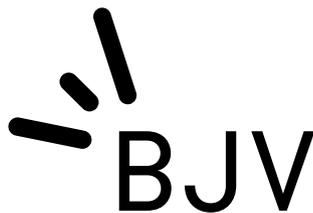
Politik



Medien



Öffentlichkeit



Kinder, Jugendliche und Jugendorganisationen

Als BJV wollen wir, dass junge Menschen mitentscheiden können. Diesen Anspruch stellen wir auch an uns selbst: Die BJV ist eine jugendgeleitete Organisation. Der BJV-Vorstand besteht aus jungen, ehrenamtlichen Jugendvertreter*innen unter 30 Jahren. Diese werden aus den zahlreichen Mitgliedsorganisationen der BJV entsandt und von der hauptamtlichen Geschäftsstelle unterstützt.

Aus unserer täglichen Arbeit und unseren Mitgliedsorganisationen wissen wir, dass die Anliegen und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen vielfältig sind, wie sie selbst. In der Altersspanne von 0 bis 30 Jahren spielen viele Themen wie Bildung, Beteiligung, Gesundheit und der Eintritt in den Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle. Dementsprechend umfassend ist unser Vertretungsauftrag als BJV.

Um die unterschiedlichen Anliegen, Hintergründe und Ansichten angemessen zu repräsentieren, arbeiten wir mit verschiedenen Stakeholdern zusammen, führen Studien und Umfragen durch und entwickeln nicht nur Programme für Kinder und Jugendliche, sondern geben ihnen auch selbst die Möglichkeit, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

8



Mit der BJV
haben Kinder
und Jugendliche
eine Lobby –
und das seit mehr
als 20 Jahren!
© BJV/Kundrat



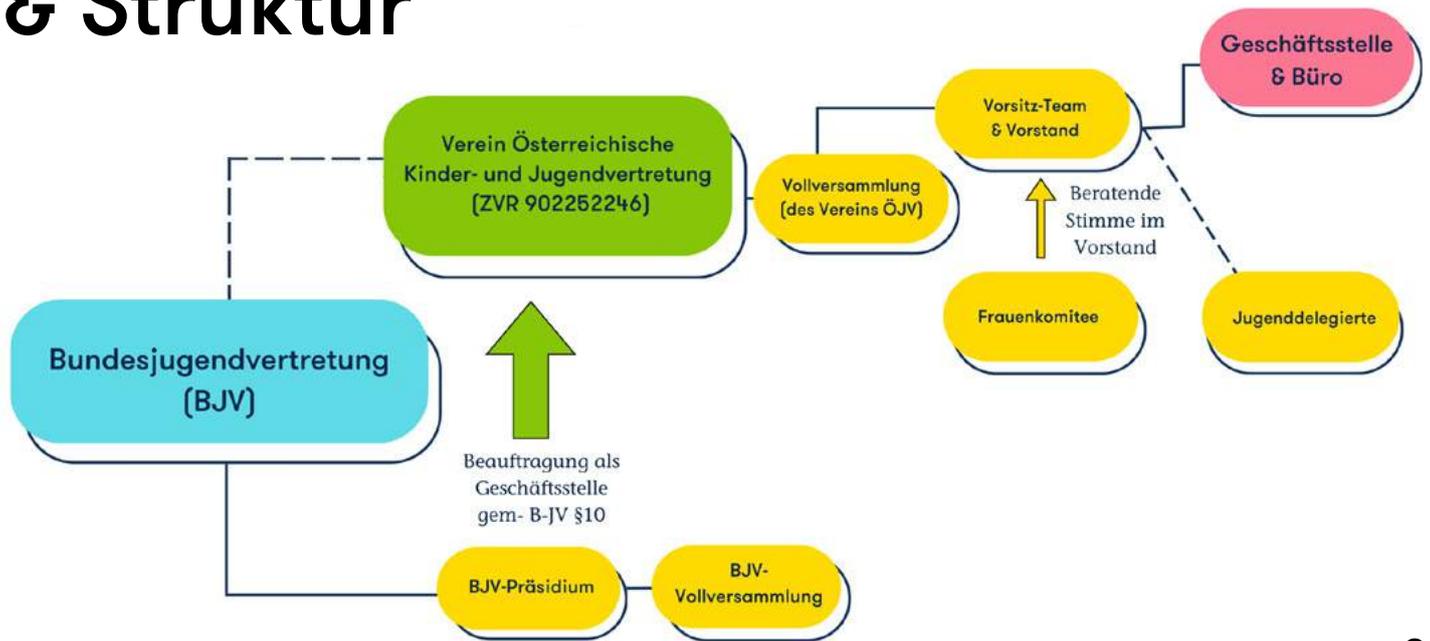
„Rund drei Millionen Menschen in Österreich sind unter 30 Jahren. Ihre Perspektiven müssen in die Politik einfließen.“

BJV-Vorsitzender Julian Christian

„Kinder und Jugendliche haben derzeit mit vielen Herausforderungen zu kämpfen. Ihre Anliegen müssen ernst genommen werden.“

BJV-Vorsitzende Rihab Toumi

Auftrag & Struktur



9

Seit 2001 mit dem Inkrafttreten des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes ist die Bundesjugendvertretung (BJV) die gesetzlich verankerte Interessenvertretung aller Kinder und Jugendlichen in Österreich. Die Organe der BJV sind die Vollversammlung und das Präsidium. Das Präsidium führt grundsätzlich die Geschäfte der BJV. Gemäß §10 des Bundes-Jugendvertretungsgesetzes ist aber das Präsidium befähigt, einen eigens eingerichteten Verein mit den Geschäften zu betrauen. Daher hat das

BJV-Präsidium den Verein „Österreichische Kinder- und Jugendvertretung“ mit der Führung der Geschäfte der BJV beauftragt. Der Vorstand der ÖJV und die Geschäftsstelle kümmern sich also um die laufende Arbeit der Bundesjugendvertretung.

Das sieht so aus:

Alle zwei Jahre werden in der Vollversammlung des Vereins „Österreichische Kinder- und Jugendvertretung“ von allen Mitgliedsorganisationen ein

vierköpfiges Vorsitzteam und der Vorstand gewählt. Die BJV wird von diesen Vertreter*innen in der Öffentlichkeit repräsentiert. Sie sprechen öffentlich im Namen der rund drei Millionen Kinder und Jugendlichen in Österreich.

Außerdem wurde ein BJV-Frauenkomitee eingerichtet, das mit einer beratenden Stimme im Vorstand vertreten ist, und der Verein entsendet Jugenddelegierte in europäische und internationale Gremien.

„Junge Menschen brauchen Zukunftsperspektiven, egal ob es um die Teuerung, psychische Gesundheit oder Klima geht.“
BJV-Vorsitzender Sabir Ansari

„Kinder haben eigene Rechte und sind nicht nur Anhängsel von Erwachsenen. Mit unserem Kinderbeirat verschaffen wir ihren Anliegen mehr Gehör.“

BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska

Mitglieds- organisationen

Kinder- und Jugendorganisationen

10

1. Aktion kritischer Schüler_innen (AKS)
2. Alevitische Jugend Österreich (AJÖ)
3. Austrian Players League (APL)
4. Bnei Akiva
5. Evangelische Jugend Österreich (EJÖ)
6. Grüne Jugend – Grünealternative Jugend
7. Hashomer Hatzair Österreich
8. Bund Europäischer Jugend / Junge Europäische Föderalisten (BEJ/JEF)
9. Junge ÖVP (JVP)
10. Junge Landwirtschaft Österreich
11. JUNOS – Junge liberale NEOS
12. Katholische Jugend Österreich (KJÖ)
13. Katholische Jungchar Österreichs (KJSÖ)
14. Kolping Österreich
15. Landjugend Österreich
16. Mittelschüler-Kartell-Verband (MKV)
17. Muslimische Jugend Österreich (MJÖ)
18. Muslimische PfadfinderInnen Österreich (MPÖ)
19. Naturfreundejugend Österreich
20. Österreichische Alpenvereinsjugend
21. Österreichische Blasmusikjugend (ÖBJ)
22. Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ)
23. Jüdische Österreichische Hochschüler:innen (JöH)
24. Österreichisches Jugendrotkreuz (ÖJRK)
25. Österreichische Jungarbeiterbewegung (ÖJAB)
26. Österreichische Kinderfreunde / Rote Falken
27. Österreichische Kinderwelt
28. Österreichische Naturschutzjugend (ÖNJ)
29. Österreichische Trachtenjugend
30. Österreichischer Pennäler Ring (ÖPR)
31. Österreichischer Pfadfinderbund
32. Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs (PPÖ)
33. Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ)
34. Schülerunion Österreich
35. Sozialistische Jugend Österreich (SJÖ)
36. Verein Jugend für eine geeinte Welt

Dazu kommen die Studierenden- und SchülerInnenvertretungen sowie die offene Jugendarbeit

37. Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH)
38. Bundesschülervertretung (BSV)
39. bOJA – bundesweites Netzwerk offene Jugendarbeit

Außerdem sind die Landesjugendbeiräte und Volksgruppenvertretungen Mitglieder in der Bundesjugendvertretung

40. Arbeitsgemeinschaft Kärntner Jugendorganisationen
41. Landesjugendbeirat Oberösterreich
42. Landesjugendbeirat Salzburg
43. Landesjugendbeirat Steiermark
44. Landesjugendbeirat Vorarlberg
45. Landesjugendforum Burgenland
46. Niederösterreichischer Jugendrat
47. Tiroler Jugendbeirat
48. Landesjugendbeirat Wien
49. Kroatische Volksgruppe
50. Slowakische Volksgruppe
51. Slowenische Volksgruppe
52. Tschechische Volksgruppe
53. Ungarische Volksgruppe
54. Volksgruppe der Roma

Außerordentliche Mitglieder

55. Junge Grüne
56. Verband jüdischer Jugend
57. ESN – Erasmus Student Network

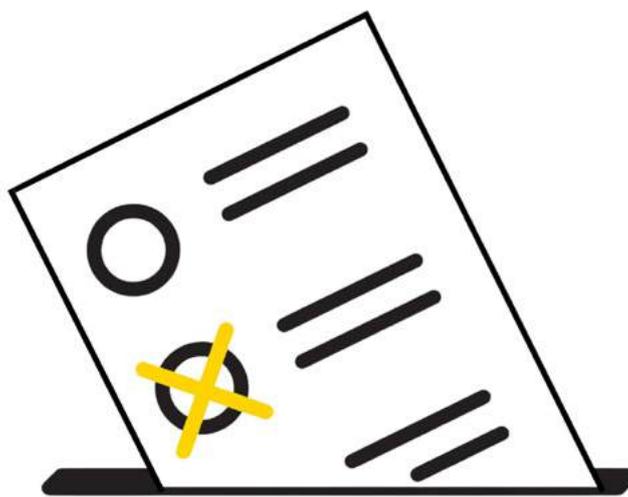


Highlights der BJV- Aktivitäten

Das Superwahljahr 2024: Jugend traf auf Politik

2024 hatten junge Menschen auf allen politischen Ebenen die Möglichkeit, zu wählen. Die BJV sorgte mit Wahlinfos und Diskussionsrunden dafür, dass die Anliegen junger Menschen im Wahlkampf gehört werden.

12



Gleich sechs Urnengänge gab es 2024 in Österreich: Neben Gemeinderatswahlen in Salzburg und Innsbruck, Landtagswahlen in Vorarlberg und in der Steiermark, waren es vor allem auch die EU- und die Nationalratswahl, bei denen junge Menschen aufgerufen waren, ihr Stimmrecht wahrzunehmen.

Im Sinne ihres Auftrages, die Mitbestimmung Jugendlicher zu fördern, hat die BJV Angebote gesetzt, jungen Wähler*innen die Wahlteilnahme zu erleichtern und ihre Anliegen in den Fokus zu rücken. Da junge Menschen im Vergleich zu anderen Generationen immer noch eine kleinere Wähler*innengruppe ausmachen, gehen Jugendanliegen im Wahlkampf oft unter. Die Wahlaltersenkung auf 16 Jahre war eine zentrale Forderung der BJV mit dem Ziel, die Stimme junger Menschen zu stärken. Dennoch wird nach wie vor zu wenig auf junge Wähler*innen eingegangen. „Obwohl junge Menschen in Österreich ab 16 Jahren wählen dürfen, gehen Jugendthemen im Wahlkampf häufig

unter und Jugendliche fühlen sich zu wenig informiert“, erklärt dazu BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska.

Info, Dialog und Forderungen

Im Vorfeld der EU- und der Nationalratswahl setzte die BJV auf Information, Dialog und jugendspezifische Forderungen an die Politik. Mit Wahlinfos, die auf junge Wähler*innen zugeschnitten waren, wurden junge Wähler*innen niederschwellig informiert. Sie sollten die Möglichkeit bekommen, leicht und verständlich die Inhalte der Parteien zu vergleichen. Dafür hat die BJV sowohl bei der EU- also auch bei der Nationalratswahl einen eigenen Jugendcheck erstellt, eine Wahlinfobroschüre, die sich besonders an junge Wahlberechtigte gerichtet hat. Denn über sie wird im Wahlkampf oft wenig gesprochen.

Außerdem wurden Dialog- und Diskussionsveranstaltungen organisiert, bei denen junge Menschen direkt in Austausch mit Politiker*innen treten konnten. Dabei standen die Themen im

Vordergrund, die für junge Menschen derzeit relevant sind.

„Als Interessenvertretung war es uns im Wahlkampf ein wichtiges Anliegen, jungen Menschen den direkten Austausch mit Politiker*innen zu ermöglichen und ihnen die Chance zu geben, die Themen anzusprechen, die für ihre Wahlentscheidung wichtig sind“, sagt Prochaska.

Um die Anliegen junger Menschen rund um die Wahlen hervorzuheben, hat die BJV ein eigenes Kinder- und Jugendprogramm erstellt, das sie allen Parteien übermittelt hat. Dieses fasst die derzeit dringendsten Herausforderungen aus Kinder- und Jugendperspektive zusammen, denen sich die nächste Regierung stellen muss. Für diese Themen wird sich die BJV in ihrer weiteren Arbeit stark machen.

Details zu den Jugendchecks und den Diskussionsveranstaltungen findet ihr auf den nächsten Seiten.

Was bewegt junge Wähler:innen

2024 war ein sogenanntes Superwahljahr. Kann man für diese Wahlen zusammenfassen, was junge Menschen bewegt hat, wen sie warum gewählt haben? So unterschiedlich Wahlen auf verschiedenen Ebenen ablaufen, so kann man doch einige Gemeinsamkeiten festhalten.

Generell zeigt sich über die unterschiedlichen Wahlen das Muster, dass das Wahlverhalten der Jungen so unterschiedlich ist wie die Jungen selbst. Interessant ist, dass oft mehrere Parteien gleich stark sind, außerdem die stärksten Parteien etwas schwächer und die kleineren Parteien etwas stärker sind als im österreichweiten Schnitt. Oppositionsparteien schneiden oft besser ab als bei älteren Wähler:innen.

Spannender als die überschaubaren Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren sind die Unterschiede innerhalb der Jungen, bilden diese eine besonders heterogene Gruppe. Hier findet man Studierende und Schüler:innen, junge Erwerbstätige oder Personen, die noch nicht die richtige Ausbildung oder Beruf für sich gefunden haben genauso wie jene, die schon für eigene Kinder Verantwortung tragen. Außerdem – und das ist wahrscheinlich das wichtigste – junge Menschen, die optimistisch in ihre Zukunft blicken und andere, die in Anbetracht der vielen Krisen das Vertrauen verloren haben, dass „die Politik“ ihre Probleme lösen kann. Je nachdem, zu welcher Gruppe sich Jugendliche zugehörig fühlen, so unterschiedlich werden ihre Interessen und politischen Präferenzen ausfallen.

Darüber hinaus gibt es einen veritablen *participation gap* – also den Unterschied zwischen jenen, die hier wohnen und jenen, die an der Wahl teilnehmen. Der Hauptgrund dafür ist das Wahlrecht, das viele junge Menschen von der Teilnahme an Wahlen in Österreich ausschließt. Das resultiert letztlich darin, dass die Meinungen und Wünsche junger Menschen zahlenmäßig unterrepräsentiert sind.

Daher ist es besonders wichtig, Teilhabemöglichkeiten auszubauen und gerade Jung- und Erstwähler:innen zur Wahlteilnahme zu motivieren. Dies fängt schon im Klassenzimmer an, wenn es um Wahlen zu Klassensprecher:innen oder Schulsprecher:innen geht. Solche Möglichkeiten können dazu beitragen, dass sich auch jene in demokratische Prozesse einbringen können, die an anderer Stelle ausgeschlossen sind und sich die Wahrnehmung ändert, was alles Politik sein kann.

Das Wahlverhalten manifestiert sich bereits früh: Wer als junger Mensch wählen geht, wird das wahrscheinlich auch später tun. Wer schon die erste Wahl verweigert, wird sich weiterhin eher weniger für Politik interessieren.

Junge Menschen fühlen sich oft nicht von „der Politik“ vertreten. Mit „der Politik“ meinen sie meist Parteien und deren Kandidat:innen. Besorgniserregend wird es dann, wenn die Unzufriedenheit mit aktuellen Akteur:innen umschlägt in eine Unzufriedenheit mit der Demokratie an sich. Hier sind alle Parteien aufgefordert, das Ihre dazu beizutragen, dass junge Menschen sich ernst genommen fühlen. Da reicht es nicht eine:n junge:n Kandidat:in auf einen vorderen Listenplatz zu nominieren. So einfach lassen sie sich nicht abspesen. Junge Menschen wollen in Entscheidungen einbezogen werden, das heißt auch anzuerkennen, dass sie von den Folgen politischer Entscheidungen von heute besonders betroffen sind. Die junge Generation darf weder bei Wahlen noch in der täglichen Politik ausgeklammert werden.

Gastkommentar von Drⁱⁿ Eva Zeglovits, Geschäftsführerin IFES – Institut für empirische Sozialforschung



© Georg Wilke

Europa, das sind wir!

Bei der EU-Wahl setzte die BJV einen Fokus auf den ländlichen Raum und wollte junge Menschen zur Wahl motivieren. Dafür wurden zwei regionale Dialoge mit Politiker*innen organisiert.

14



Insgesamt nutzten rund 170 junge Menschen die Gelegenheit zum Dialog. Diskutiert wurden z. B. notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise. © BJV

Bei der EU-Wahl am 9. Juni 2024 wählten die Bürger*innen der Europäischen Union die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Insgesamt 720 Abgeordnete sind nach dem Urnengang ins Parlament eingezogen, 20 Mitglieder kamen dabei aus Österreich.

Das Europäische Jugendforum hat im Vorfeld der EU-Wahl das Projekt „Mobilise Europe = Engage Together“, kurz „MEET“, ins Leben gerufen, um junge Menschen zu motivieren, an den Europawahlen teilzunehmen. Die BJV, die auch Mitglied des Europäischen Jugendforums ist, organisierte im Rahmen von „MEET“ zwei Dialogveranstaltungen in Niederösterreich und Salzburg. Diese zwei Regionen wurden bewusst ausgewählt, um auch das politische Bewusstsein für die EU im ländlichen Raum zu stärken.

Bei den Veranstaltungen, die in enger Zusammenarbeit mit den Landesjugendreferaten Niederösterreich und akzente Salzburg umgesetzt wurden, hatten Jugendliche die Möglichkeit, selbst die Themen zu wählen, die sie mit den Kandidat*innen für das Europäische Parlament besprechen wollten. Von der ÖVP stellten sich Valeria Foglar-Dachstein und Jurica Mustac der Diskussion. Die SPÖ wurde von Fiona Schindl und Sabine Klausner vertreten. Für die FPÖ diskutierten Michael Sommer und Sebastian Schwaighofer. Für die Grünen nahmen Lena Schilling und Simon Heilig-Hofbauer am Dialog teil und für die NEOS kam Anna Stürgkh.

Rund 170 junge Menschen nutzten die Gelegenheit zur Diskussion und tauschten sich mit den Politiker*innen u. a.

über zentrale Themen wie die Klimakrise, Sicherheit und Frieden aus. Thema waren auch die steigenden Lebenshaltungskosten. Besonders im Bereich Klimaschutz forderten die Jugendlichen klare Ziele und konkrete Schritte zur Bekämpfung der Klimakrise. Ebenso wollten die Jugendlichen intensiver in sicherheitspolitische Fragen eingebunden werden.

Insgesamt schaffte das MEET-Projekt in 16 Ländern Europas eine Plattform für den Austausch junger Menschen mit der Politik. Demokratie-Festivals, die von Polen über Spanien bis nach Irland und Italien stattfanden, boten interaktive Dialoge, Podiumsdiskussionen und künstlerische Aktivitäten, die das Miteinander stärkten und einen aktiven Austausch ermöglichten.



UN-Jugenddelegierte Jana Berchtold und Europäischer Jugenddelegierter Michael Stadlmann waren bei den EU-Dialogen vor Ort, tauschten sich mit Jugendlichen aus und machten u. a. auf den Jugendcheck aufmerksam. © BJV



Bei den EU-Dialogen hatten Jugendliche die Möglichkeit, selbst die Themen zu wählen, die sie mit den Kandidat*innen für das Europäische Parlament besprechen wollten. © BJV



Der EU-Jugendcheck zielte auch darauf ab, zu informieren und jungen Menschen die EU näherzubringen. © BJV

Jugendthemen auf EU-Ebene beleuchtet

Ergänzend zu den Dialogveranstaltungen erstellte die BJV auch einen Jugendcheck zur EU-Wahl. Diese Wahl-infobroschüre richtete sich besonders an junge Menschen und zielte darauf ab, Jugendliche zu informieren und ihnen auch die EU näherzubringen. Neben Infos zur EU-Wahl enthielt sie die Positionen der Parteien zu den wichtigsten Jugendthemen auf europäischer Ebene.

„Bevor junge Menschen eine Wahlentscheidung treffen, sollen sie sich ein Bild über die Positionen der Parteien machen können. Doch das ist nicht so einfach, gerade bei der EU-Wahl. Deswegen haben wir die Parlamentsparteien gezielt auf jugendspezifische Themen abgefragt, zum Beispiel über

klimapolitische Maßnahmen wie eine EU-weite CO₂-Steuer“, erklärt BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska. So konnten junge Wahlberechtigte z. B. die Standpunkte der Parteien zu europäischen Lösungsvorschlägen erfahren. Zudem wurde abgefragt, wie sich die Kandidat*innen im EU-Parlament für die Mitbestimmungsrechte Jugendlicher einsetzen würden.

Insgesamt befasste sich der Jugendcheck mit den Themen:

- Frieden & internationale Zusammenarbeit
- Sozialer Zusammenhalt & Chancengerechtigkeit
- Bewältigung der Klimakrise
- Lernen & Arbeiten in Europa
- Demokratie & Rechtsstaatlichkeit
- Jugendbeteiligung in Europa

„Uns war wichtig, dass junge Menschen schon vor der Wahl direkt angesprochen werden und ihnen bewusst wird, dass ihre Stimme einen Unterschied macht“, so Prochaska.

Der Jugendcheck zur EU-Wahl ist unter www.bjv.at/eu-wahl2024 zu finden.

Wir haben die Wahl!

Am 29. September 2024 fand in Österreich die Nationalratswahl statt. Die BJV stellte mit verschiedenen Aktivitäten junge Menschen und ihre Anliegen in den Mittelpunkt.

16

Die BJV-Vorsitzenden Sabir Ansari und Sabrina Prochaska begrüßten die Gäste im ORF RadioKulturhaus.
© BJV/Kirill Lialin



„Wir haben die Wahl“, so lautete das Motto der großen Jugends Diskussion im ORF RadioKulturhaus in Wien, die von der BJV gemeinsam mit dem Radiosender FM4 organisiert wurde. Im Zentrum der Diskussion standen Themen, die für die junge Generation derzeit relevant sind.

Rund 150 junge Menschen waren vor Ort mit dabei. Zusätzlich konnten Interessierte den Livestream der Diskussion verfolgen. Am Podium stellten sich die Kandidat*innen zum Nationalrat Nico Marchetti (ÖVP), Paul Stich (SPÖ), Lisa Gubik (FPÖ), Felix Stadler (Grüne) und Yannick Shetty (NEOS) den Fragen, die junge Wähler*innen vorab für die Diskussion einbrachten. Emily Busvine und Philipp Emberger von FM4 moderierten die Veranstaltung.

Bei der Begrüßung zeigte BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska auf, dass sich junge Menschen vor der Wahl häufig zu wenig informiert fühlen: „Unsere Veranstaltung soll dazu beitragen, dass es Antworten auf die Fragen gibt, die Jugendliche in Österreich derzeit bewegen.“ Insgesamt brauche es in der Politik einen stärkeren Fokus auf Jugendanliegen, ergänzte Vorsitzender Sabir Ansari: „Kinder und Jugendliche brauchen Lösungen für ihre Sorgen und Belastungen.“

In der Diskussion ging es um Themen wie psychische Gesundheit, Stärkung des freiwilligen Engagements und Jugendkultur. Aber auch zu ihren Vorstellungen für eine Schule der Zukunft und Maßnahmen gegen die Klimakrise wurden die Kandidat*innen abgeklöpft.

Die Politiker*innen zeigten sich in vielen Bereichen einig, dass es Handlungsbedarf gibt, Lösungsansätze wurden zum Teil sehr kontrovers diskutiert. Nach einer hitzigen 90-minütigen Debatte gab es für die jungen Veranstaltungsteilnehmer*innen vor Ort die Möglichkeit für einen persönlichen Austausch mit den Politiker*innen.

Die Jugends Diskussion „Wir haben die Wahl“ von BJV und FM4 kann unter www.bjv.at/wir-haben-die-wahl nachgesehen werden.

Wahlinfobroschüre zeigte wichtige Jugendthemen auf

Auch vor der Nationalratswahl unterstützte die BJV junge Wähler*innen mit einem eigenen Jugendcheck, der online abrufbar war. Der BJV-Jugendcheck enthielt wichtige Informationen und Fristen zur Wahl sowie einen Vergleich über jugendpolitische Standpunkte der neun bundesweit kandidierenden Parteien. So sollte jungen Menschen die Teilnahme an der Wahl erleichtert werden.

Jugendliche fühlen sich vor Wahlen meist zu wenig informiert. Außerdem stehen Themen, die junge Menschen direkt betreffen, in Wahlkämpfen leider nicht im Fokus. Das wollte die BJV mit ihrem Jugendcheck ändern.

Infos über Wahl und Parteien

Im Infoteil des Jugendchecks konnten junge Wähler*innen die Voraussetzungen zur Wahlteilnahme nachlesen. Außerdem wurden die Spitzenkandidat*innen der neun bundesweit kan-

didierenden Parteien ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grüne, NEOS, KPÖ, Bierpartei und Liste Petrovic vorgestellt. In einem Steckbrief gaben die Kandidat*innen u. a. an, in welche Bereiche für Kinder und Jugendliche sie vorrangig investieren würden. Die Bandbreite reichte vom Bildungssystem über Armutsbekämpfung bis zu psychischer Gesundheit.

Überblick über jugendpolitische Positionen

Der BJV-Jugendcheck lieferte außerdem Antworten darauf, wie die Parteien zu den wichtigsten Jugendthemen stehen. Dazu hat die BJV allen Parteien Fragen rund um Bereiche gestellt, die für Kinder und Jugendliche besonders relevant sind:

- Arbeitsmarkt und Bildung
- Klima und Mobilität
- Gesundheit
- Leistbares Leben
- Beteiligung und Engagement
- Kinder- und Jugendrechte
- Inklusion und Gleichstellung



Die Kandidat*innen zum Nationalrat diskutierten über die wichtigsten Jugendanliegen und stellten sich den Fragen der jungen Menschen. © BJV/Kirill Lialin

Das Moderationsteam, die Kandidat*innen zum Nationalrat sowie die BJV-Vorsitzenden (v. l.) freuten sich über die Diskussion mit Jugendfokus. © BJV/Kirill Lialin



Um eine kompakte Übersicht zu bieten, zeigte der Jugendcheck Ja/Nein-Antworten aller Parteien im Vergleich. So konnten sich junge Wähler*innen beispielsweise einen Überblick verschaffen, welche Parteien sich für ein Verbot unbezahlter Praktika, ein Klimaschutzgesetz, den Ausbau von Schulpsycholog*innen-Stellen oder die Offenlegung von Gehältern aussprechen.

Große Nachfrage

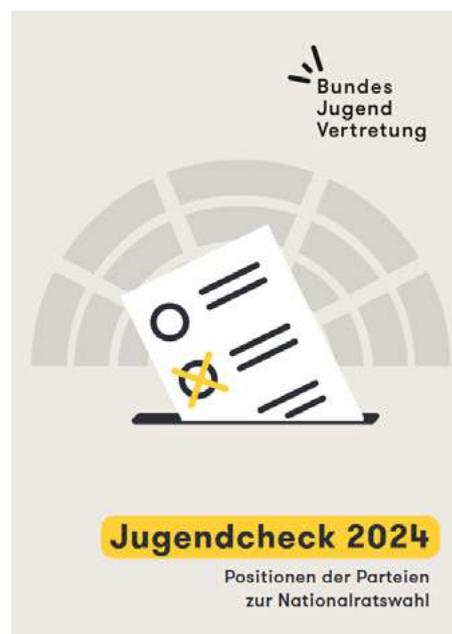
Der Jugendcheck erfreute sich großer Nachfrage bei Erst- und Jungwähler*innen, aber auch Jugendgruppen oder Schulen, die ihn als Grundlage für ihre Arbeit mit jungen Menschen zur Wahl nutzten. Das zeigt, wie wichtig es ist, jugendspezifische Angebote zu Wahlen zu liefern und jungen Menschen die Teilnahme an der Wahl zu erleichtern. Die junge Generation ist von den heutigen

politischen Entscheidungen am längsten betroffen und nur wer wählen geht, bestimmt auch mit!

Den BJV-Jugendcheck gibt es online unter www.jugendcheck.at nachzulesen.



BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska (l.) und BJV-Vorstandsmitglied Magdalena Polsterer mit dem FM4-Moderationsduo Philipp Emberger und Emily Busvine. © BJV/Kirill Lialin



Der Jugendcheck zur Nationalratswahl enthielt die Positionen der Parteien zu den wichtigsten Jugendthemen. © BJV



Felix Stadler (Grüne, links im Bild) und Yannick Shetty (NEOS) stellten sich den Fragen der jungen Menschen. © BJV/Kirill Lialin



Nico Marchetti (ÖVP), Paul Stich (SPÖ) und Lisa Gubik (FPÖ) diskutierten u. a. über psychische Gesundheit, die Stärkung des freiwilligen Engagements und Jugendkultur. © BJV/Kirill Lialin

Forderungen für eine sichere Zukunft



Das Kinder- und Jugendprogramm der BJV beinhaltet Forderungen zu den wichtigsten Jugendthemen und richtet sich an die neue Regierung.
© BJV

Die BJV zeigt in ihrem Kinder- und Jugendprogramm die zentralen Herausforderungen auf, die von der nächsten Regierung angegangen werden müssen.

19

Die BJV hat vor der Nationalratswahl ein eigenes Kinder- und Jugendprogramm mit den brennendsten Themen für Kinder und Jugendliche erstellt. Das Programm fasst zentrale Forderungen aus elf Bereichen zusammen, die im Sinne der jungen Generation jetzt auf der politischen Agenda stehen müssen: Von Kinder- und Jugendrechten über Beteiligung bis zu Klima, Digitalisierung und Gesundheit. Darin sind u. a. Ergebnisse des Klimajugendrats und des Inklusionsbeirats der BJV eingeflossen.

Das Kinder- und Jugendprogramm wurde bei einer Pressekonferenz öffentlich präsentiert und allen Parteien übermittelt bzw. bei persönlichen Terminen übergeben. Nach der Wahl wurde es den Verhandlungsteams zur Bildung einer neuen Regierung als Input aus Kinder- und Jugenderspektive zur Verfügung gestellt.

Die BJV betonte dabei, dass nahezu alle politischen Entscheidungen spezifische Auswirkungen auf junge Menschen haben. Bei der Erarbeitung eines neuen Regierungsprogramms ist es daher unerlässlich, die Anliegen junger Menschen quer durch die Ressorts einzubeziehen.

Pressekonferenz zum Tag der Jugend

Zum Tag der Jugend am 12. August organisierte die BJV eine Pressekonferenz, bei der die Vorsitzende Sabrina Prochaska und UN-Jugenddelegierte Jana Berchtold das Kinder- und Jugendprogramm der BJV vorstellten. Sie zeigten dabei auf, dass junge Menschen heute mehr denn je Sicherheit brauchen und ihre Perspektive stärker in die Politik einbezogen werden müsse.

„Junge Menschen brauchen Sicherheit, dass sie sich gut entwickeln können und Perspektiven haben. Wir setzen uns daher für eine zukunftsgerichtete Politik ein, die die Tragweite der Klimakrise erkennt und Schritte für ein Aufwachsen in Frieden setzt“, sagte Sabrina Prochaska bei der Pressekonferenz.

Wichtig sind für junge Menschen dabei Mitgestaltungsmöglichkeiten. „Die aktuellen Herausforderungen können wir nur lösen, wenn die Interessen von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt werden und wir dort mit am Tisch sitzen, wo Entscheidungen getroffen werden. Wir wollen selbst Teil der Lösung sein“, erklärte Jana Berchtold. Fest steht: Junge Menschen haben viel zu sagen und wichtige Perspektiven einzubringen, die sonst untergehen.

Appell an neue Regierung

Nach der Nationalratswahl rief die BJV die Politik dazu auf, Jugendpartizipation ernst zu nehmen und Maßnahmen zu erarbeiten, die im Alltag von Kindern und Jugendlichen ankommen und ihre Lebenssituation verbessern. Aktuelle Herausforderungen wie die Klimakrise, kriegerische Konflikte, Teuerung und die Verschlechterung der psychischen Gesundheit zeigen ganz deutlich, wie wichtig die Berücksichtigung der Stimme von Kindern und Jugendlichen ist.

Letztlich zählt für die BJV, welche kinder- und jugendpolitischen Vorhaben im nächsten Regierungsprogramm enthalten sind. Die BJV wird sich v. a. dafür stark machen, dass die Themen, die für Kinder und Jugendliche wichtig sind, nicht untergehen und die Beteiligung junger Menschen und auch der BJV als ihre Interessenvertretung wichtig genommen werden.

Jugend für Frieden und Sicherheit

Frieden und Sicherheit sind zentrale Anliegen der Jugend. Mit einem neuen Positionspapier will die BJV jungen Menschen eine Stimme in sicherheitspolitischen Fragen geben.

20



Im Frühjahr 2024 reiste eine Delegation der BJV nach Finnland, um sich mit der finnischen Jugendvertretung Allianssi zu treffen. © BJV

Das Thema Sicherheit ist für junge Menschen von zentraler Bedeutung, so zählen etwa laut der Ö3-Jugendstudie kriegerische Konflikte zu den größten Sorgen von Jugendlichen. Angesichts aktueller Entwicklungen ist das nicht verwunderlich. In einer zunehmend komplexen Welt müssen junge Menschen als aktive Gestalter*innen von Frieden und Sicherheit wahrgenommen werden.

Die UN-Sicherheitsratsresolution 2250 aus dem Jahr 2015 unterstreicht dies und fordert eine stärkere Einbeziehung der Jugend in friedens- und sicherheitspolitische Fragen. Wichtig ist hier zu betonen, dass die Resolution von einem positiven Verständnis von Frieden und Sicherheit ausgeht, welches über die Abwesenheit von Krieg oder Konflikten hinausgeht. Es geht um einen umfassenden Ansatz, der darauf abzielt,

langfristige Stabilität, Gerechtigkeit und Wohlstand zu fördern. Dazu zählen etwa soziale Teilhabe, Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Klimaschutz, Bildung und wirtschaftliche Sicherheit. Auch die BJV hat dieses wichtige Thema aufgegriffen und sich entschieden, bis 2025 einen Fokus auf Jugend, Frieden und Sicherheit zu legen.

Finnland als Vorbild

Im Frühjahr 2024 besuchte eine Delegation der BJV Finnland, das derzeit als einziges EU-Land über einen Nationalen Aktionsplan zu „Youth, Peace and Security“ verfügt. Die Reise diente dem Austausch mit der finnischen Jugendvertretung Allianssi sowie politischen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen. Besonders wertvoll waren die Einblicke in die Entstehung und Umsetzung des finnischen Aktionsplans sowie die bisherigen Lobbying-Aktivitäten. Diese

Erkenntnisse bilden nun eine wichtige Grundlage für die Arbeit der BJV in Österreich.

Kritik an der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie

Dass hierzulande noch an der Jugendsperspektive in Fragen zu Frieden und Sicherheit gearbeitet werden muss, zeigt die im Herbst 2024 verabschiedete Aktualisierung der Österreichischen Sicherheitsstrategie, welche in ihrer Letztversion aus dem Jahr 2013 stammte. Begrüßenswert ist zwar, dass die neue Strategie ein breites Verständnis von Sicherheit beinhaltet, das neben militärischen Aspekten auch Themen wie Klimasicherheit und soziale Resilienz aufgreift. Allerdings wird die Bedeutung der Jugend weitgehend ignoriert – ein deutlicher Widerspruch zur UN-Sicherheitsratsresolution 2250, die eine stärkere Berücksichtigung junger

Menschen fordert. Gerade in einer Zeit, in der junge Menschen durch Konflikte, Klimawandel und soziale Unsicherheiten besonders betroffen sind, ist ihre Einbindung unverzichtbar.

Positionspapier „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“

Um diesem Defizit entgegenzuwirken, arbeitet die BJV an einem eigenen Positionspapier. Eine Projektgruppe, bestehend aus Vertreter*innen der BJV-Mitgliedsorganisationen und UN-Jugenddelegierten, hat sich zum Ziel gesetzt, ein umfassendes Papier mit klaren Forderungen zu Anliegen junger Menschen in sicherheitspolitischen Fragen zu entwickeln. Das erste Treffen der Gruppe fand im März statt, kurz bevor die Studienreise nach Finnland erfolgte.

Auf Grundlage der dort gewonnenen Erkenntnisse sowie Inputs aus der letzten BJV-Vollversammlung und von externen Expert*innen hat die Projektgruppe ihre Arbeit in weiteren Treffen vertieft. Bereits festgelegt sind acht zentrale Themenbereiche, die im Positionspapier behandelt werden: Partizipation und soziale Teilhabe; digitale Sicherheit; Geschlechtergerechtigkeit; Kriminalität, Radikalisierung und Extremismus; Klimasicherheit; Information und Bildung; europäische und internationale Zusammenarbeit sowie Verteidigung und Militär.

Nächste Schritte

Derzeit arbeitet die BJV daran, die Themenbereiche des Positionspapiers zum Thema „Aufwachsen in Frieden und

Sicherheit“ final auszuarbeiten. Die Veröffentlichung ist für Anfang 2025 geplant. Mit ihrer Arbeit zu dem Thema will die BJV ein klares Zeichen setzen: Frieden und Sicherheit sind nicht nur Anliegen der Politik, sondern eine Aufgabe für die gesamte Gesellschaft – und junge Menschen müssen dabei eine zentrale Rolle spielen.

Finnland hat als einziges EU-Land einen Nationalen Aktionsplan zu „Youth, Peace and Security“. Mitglieder der BJV und der finnischen Jugendvertretung tauschten sich über diesen aus. © BJV



Neuer Kinderbeirat gegründet

Die BJV rief im Rahmen ihrer Kampagne „Unsere Rechte, eure Spielregeln“ 2024 als „Jahr der Kinderrechte“ aus. Neben Lobbyarbeit und Workshops wurde auch die Mitbestimmung von Kindern gestärkt.

22



Beim Filmscreening der Klima-Doku „Duty of Care“ diskutierte BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska mit Ronya Alev (Amnesty), Michaela Krömer (CLAW) und den Nationalratsabgeordneten Carina Reiter und Lukas Hammer über die Klimakrise und die Notwendigkeit von Klimaklagen. © BJV



Beim Kinderbeirat konnten die Kinder ihre Anliegen auch auf kreative Weise festhalten. © BJV

Mit ihrer Kampagne „Unsere Rechte, eure Spielregeln“ hat sich die BJV 2024 zum Ziel gesetzt, mehr Aufmerksamkeit für die Rechte von Kindern zu schaffen und aufzuzeigen, dass mehr als 30 Jahre nach der Ratifizierung der UN-Kinderrechtskonvention nicht alle Kinderrechte in Österreich voll umgesetzt sind. Neben der Öffentlichkeit und Politik richtete sich die Kampagne auch direkt an Kinder, um sie zu ermutigen, ihre Rechte einzufordern. Denn viel zu oft werden sie nicht als eigenständige Rechtsträger*innen wahrgenommen.

Damit Kinder eine Möglichkeit bekommen ihre Anliegen anzusprechen, hat die BJV einen eigenen Kinderbeirat gegründet. Der erste Termin fand im März 2024 statt. 14 motivierte Kinder zwischen 6 und 12 Jahren waren dabei. Sie kamen aus Wien, Niederösterreich und Oberösterreich, um mit Mitgliedern des BJV-Vorstands und -Büros über ihre Anliegen zu sprechen. Viele Forderungen

drehten sich um die Themen Bildung und Umwelt. Die Kinder wünschten sich einen modernen Unterricht mit praktischen Inhalten. Außerdem sprachen sie sich für mehr Grünflächen aus und dass die Politik bei Diskussionen über Umweltthemen Kinder miteinbezieht.

Beim zweiten Termin im Juni wurden die Ergebnisse des ersten Kinderbeirats weiter besprochen und beim dritten Treffen wurde die Meinung der Kinder zum Thema „Aufwachsen in Frieden und Sicherheit“ eingeholt. Denn aktuell erarbeitet die BJV dazu ein neues Positionspapier. „Laut der UN-Kinderrechtskonvention und dem Bundesverfassungsgesetz über die Rechte von Kindern haben Kinder ein Recht auf Beteiligung. Mit dem Kinderbeirat wollen wir es Kindern ermöglichen, dieses Recht wahrzunehmen und über die Themen zu sprechen, die ihnen besonders wichtig sind“, betont BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska.

Austausch mit dem Kinderrechte-Ausschuss

Aber auch direkte Austauschtreffen zwischen dem Kinderbeirat und Politiker*innen konnten 2024 organisiert werden. So fand rund um den Tag der Kinderrechte im November 2024 ein Gespräch mit dem Kinderrechte-Ausschuss des Bundesrats im Parlament statt.

Insgesamt haben bisher 20 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren beim Kinderbeirat mitgemacht und da die BJV weiterhin Kindern die Möglichkeit geben will, sich direkt zu beteiligen, wird der Beirat über die Kampagne hinaus weitergeführt. „Wir wollen sicherstellen, dass die nächste Regierung die Meinung von Kindern berücksichtigt und das geht am besten, wenn die Kinder ihre Anliegen auch direkt an die Politik richten können“, so Prochaska.



14 motivierte Kinder zwischen 6 und 12 Jahren waren beim Startschuss des Kinderbeirats dabei. Sie tauschten sich mit Mitgliedern des BJV-Vorstands über ihre Anliegen aus. © BJV

Über 100 Kinderrechte-Workshops umgesetzt

Ein wichtiges Anliegen der BJV ist, dass Kinder über ihre Rechte Bescheid wissen. Neben dem Kinderbeirat bot die BJV daher im Rahmen ihrer Kampagne auch die Abhaltung kostenloser Kinderrechte-Workshops an. Kinder und Jugendliche sollten so mehr über ihre Rechte erfahren und verstehen, wie diese ihren Alltag betreffen. Insgesamt konnten bereits 100 Workshops an Schulen und bei Kinder- und Jugendorganisationen organisiert werden.

Kinderrecht auf eine gesunde Umwelt

Im Zuge der Kampagne machte die BJV auch auf die drei aktuell drängendsten Kinderrechte-Baustellen aufmerksam: Die mangelnde Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit, die Bekämpfung von Kinderarmut und fehlende Klimaschutzmaßnahmen. Letzteres widerspricht dem Recht auf eine gesunde Umwelt. Diesem Schwerpunkt widmete sich die BJV auch mit einem Filmscreening der Dokumentation „Duty of Care – the Climate Trials“ gemeinsam mit Amnesty International

Österreich. Im anschließenden Podiumsgespräch im ausgebuchten Admiral Kino in Wien diskutierten BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska, Ronya Alev (Amnesty), Carina Reiter (ÖVP), Lukas Hammer (Die Grünen) und Michaela Krömer (CLAW) über die Klimakrise unter dem Aspekt von Kinder- und Menschenrechten und über die Notwendigkeit von Klimaklagen.

Stärkung der Kinderrechte mit entsprechenden Rahmenbedingungen umsetzen

Auch wenn 2024 die Politik teilweise Schritte gesetzt hat, um die kinderrechtliche Situation in Österreich zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Kinderschutz, mangelt es immer noch vielerorts am Bewusstsein für Kinderrechte. Deswegen fordert die BJV, dass in der kommenden Regierungsperiode für die Stärkung der Kinderrechte bundesweit entsprechende Rahmenbedingungen geschaffen werden. Dazu zählt, alle Kinderrechte in den Verfassungsrang zu heben, die Ratifizierung des 3. Zusatzprotokolls der UN-Kinderrechtskonvention sowie die Einrichtung eines

ausfinanzierten Kinderrechte-Monitorings auf Bundesebene, damit Kinderrechtsverletzungen klar aufgezeigt werden können. Kinderrechte müssen in allen politischen Bereichen voll umgesetzt werden.

Du willst dich auch für die Rechte von Kindern starkmachen? Alle Informationen sowie Plakate und Postkarten zur Kampagne gibt es unter www.bjv.at!

Klimajugendrat fordert mehr Beteiligung

Mit ihrem 3. Klimajugendrat ermöglichte die BJV von 9. bis 11. April 2024 einen Klima-Dialog auf Augenhöhe zwischen Jugend und Politik.

24



Nach einem Austausch mit Expert*innen erarbeiteten die Teilnehmenden des Klimajugendrats ihre Themen für den Dialog mit der Politik. © BJV/Markus Gradwohl

Rund 100 junge Teilnehmende tauschten sich beim Klimajugendrat der BJV im Parlament über ihre drängendsten Fragen zur Klimapolitik aus und diskutierten diese mit Nationalratsabgeordneten. Zum Abschluss der Veranstaltung wurden Klimaschutzministerin Leonore Gewessler die erarbeiteten Forderungen präsentiert. Die Teilnehmer*innen des Klimajugendrats 2024 waren zwischen 14 und 30 Jahren alt. Unter ihnen waren Schüler*innen, Lehrlinge und Studierende aus allen Bundesländern.

„Wir haben den Klimajugendrat ins Leben gerufen, damit junge Menschen direkt mit der Politik in den Kontakt

treten können. Politik für junge Menschen kann nur mit jungen Menschen funktionieren“, erklärt BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska.

Auftakt mit Climate Action Award

Der erste Tag des Klimajugendrats diente dem Kennenlernen und einem inhaltlichen Einstieg, u.a. durch einen Input von Johannes Stangl (Klimadashboard). Am Abend fand die Verleihung des Climate Action Award statt. Gemeinsam mit dem Klimaschutzministerium zeichnete die BJV mit dem Award erneut Projekte aus, die von jungen Menschen selbst entwickelt und/oder umgesetzt wurden.



Gerald Geier, die Landjugend Österreich sowie CliMates Austria & Das Klimapuzzle bekamen für ihre Projekte den Climate Action Award 2024 verliehen. © BJV/Markus Gradwohl

Folgende Projekte waren die Gewinner*innen in den drei Kategorien des Climate Action Award 2024:

- Klimakunst & -kultur: Kurzfilm „Remember the Future“ von Gerald Geier
- Klimahandeln: Arbeitsschwerpunkt „Next Generation“ der Landjugend Österreich
- Klimadialog: Journalismus-Projekt „klimareporter*in“ von CliMates Austria & Das Klimapuzzle

Austausch mit Expert*innen & Dialog-Vorbereitung

Der zweite Tag ermöglichte eine tiefere Auseinandersetzung und die



Rund 100 junge Menschen aus ganz Österreich nahmen am Klimajugendrat teil. Sie diskutierten mit Politiker*innen aller Parlamentsparteien ihre klimapolitischen Forderungen. © BJV/Markus Gradwohl

gemeinsame Vorbereitung auf den Dialog mit der Politik. Am Vormittag kam es zum Austausch mit Expert*innen aus unterschiedlichen klimarelevanten Bereichen. Daraus wurden die Themen für den Dialog mit der Politik festgelegt. Diese reichten von Biodiversität, Ernährung, Energie und Mobilität bis hin zu zukunftsfähigem Wirtschaften, klimasozialer Politik sowie Repräsentation und Beteiligung.

Austausch zwischen Jugend & Politik

Der dritte Tag stand ganz im Zeichen des Dialogs zwischen Jugend und Politik. An Dialogtischen diskutierten die jungen Teilnehmer*innen ihre Anliegen mit Politiker*innen aller im Parlament vertretenen Parteien.

Für die Erreichung der Klimaneutralität braucht es in Österreich ambitionierte Ziele und eine schnelle Umsetzung effektiver Maßnahmen. Darüber waren sich die Teilnehmenden einig. Außerdem drängten die jungen Menschen u. a. darauf, Klimaschutz in der Verfassung zu verankern und die Auszahlung klimaschädlicher Subventionen zu stoppen. Ebenso brauche es mehr Tempo bei der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, beim Umstieg auf erneuerbare Energien und bei der Verbesserung der Kreislaufwirtschaft. Diese Themen wurden zum Teil kontrovers diskutiert, aber es gab auch Anknüpfungspunkte an die Politik. Zum Abschluss erklärten die Ab-

geordneten, welche der diskutierten Anliegen sie weiterverfolgen würden.

Auch Klimaministerin Leonore Gewessler war bei der Dialogveranstaltung zu Gast. Die jungen Teilnehmer*innen präsentierten die Ergebnisse und ihre konkreten Forderungen. Ministerin Gewessler zeigte sich beeindruckt vom Wissen und Engagement der Jugendlichen. Sie bekräftigte, dass sie ihre Anliegen ernst nehmen und in ihre politische Arbeit mitnehmen werde.

Zentrale Forderungen

Die Vorschläge und Forderungen der jungen Teilnehmenden spiegeln die Komplexität der Klimakrise wieder. Als wichtigste Anliegen wurden von den jungen Teilnehmenden festgehalten: Ein fest integriertes Jugendgremium zu Klimapolitik auf höchster Ebene mit diverser Zusammensetzung, ein CO₂-Preis von 698 Euro pro Tonne und ein gemeinsamer barrierefreier Eisenbahnraum in ganz Europa.

„Der Klimajugendrat hat wieder bewiesen, dass junge Menschen konkrete Vorstellungen haben, wie der Klimakrise entgegengewirkt werden kann. Jetzt ist es für die Politik an der Zeit, diese Forderungen auch ernst zu nehmen. Wir junge Menschen sind am meisten von der Klimakrise betroffen und haben ein Recht darauf gehört zu werden“, betont BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska.

Die Forderungen des Klimajugendrats fließen in die weitere Arbeit der BJV als Interessenvertretung ein. Die BJV wird sich beispielsweise für mehr Jugendpartizipation in der Klimapolitik stark machen.

SOS Kinderdorf wird als Kooperationspartner des Klimajugendrats 2024 die Ergebnisse ebenfalls in der politischen Arbeit im Bereich Kinderrechte aufgreifen. Im Vorfeld der Nationalratswahl fanden Follow-up-Termine der BJV mit Abgeordneten statt, bei denen die Ergebnisse des Klimajugendrats besprochen wurden.

Der Klimajugendrat 2024 fand von 9. bis 11. April auf Einladung von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Umweltausschussvorsitzenden Lukas Hammer im Parlament statt und wurde durch eine Förderung des Klimaschutzministeriums (BMK) finanziert.

Jugend gegen das Vergessen

Junge Menschen nehmen in der Gedenkarbeit eine besondere Rolle ein. Die BJV sieht es daher als große Verantwortung, sich für eine aktive Erinnerungskultur einzusetzen.

26



Die BJV nimmt jedes Jahr mit Kinder- und Jugendorganisationen an der Internationalen Befreiungsfeier in der KZ Gedenkstätte Mauthausen teil, um den Opfern des Nationalsozialismus zu gedenken. Am Bild: Die BJV-Vorsitzenden Julian Christian (l.) und Sabir Ansari (r.) mit BJV-Vorstandsmitglied Rafael Haigermoser und der Europäischen Jugenddelegierten Fariha Khan. © BJV

Die BJV fördert jedes Jahr mit Projekten und der Teilnahme an der Mauthausen-Gedenkfeier den Austausch junger Menschen zu Gedenken und Erinnerungskultur. Frieden, Freiheit, Demokratie und Menschenrechte sind Werte, für die es sich jeden Tag aufs Neue einzusetzen gilt.

Mauthausen-Gedenkfeier

Die BJV nimmt regelmäßig mit verschiedenen Kinder- und Jugendorganisationen bei der großen internationalen Gedenk- und Befreiungsfeier in Mauthausen teil und gestaltet dort den Jugendgedenkmarsch mit. Thematischer Schwerpunkt der Gedenkfeier 2024 war „Recht und Gerechtigkeit im Nationalsozialismus“. Zwischen 1938 und 1945 waren mehr als 200.000 Menschen im Konzentrationslager Mauthausen inhaftiert. Etwa die Hälfte wurde ermordet. Im März 1945 waren im KZ Mauthausen mehr als 15.000 Kinder und Jugendliche registriert.

In seiner Rede beim Kinder- und Jugendgedenkmal betonte BJV-Vorsitzender Sabir

Ansari: „Es braucht uns junge Menschen heute, um Widerstand zu leisten und Zivilcourage zu zeigen. Es liegt auch in unserer Verantwortung, dass ‚Nie Wieder‘ tatsächlich ‚Nie Wieder‘ bedeutet. Wir müssen uns erinnern und Erinnerung bewahren, wir müssen verstehen, was wir von dieser Erinnerung lernen können, und aktiv handeln, damit so etwas nie wieder geschehen kann.“ Für die BJV ist wichtig, der Menschen zu gedenken, die damals systematisch ermordet wurden und auch die wichtige Rolle derer aufzuzeigen, die für Freiheit kämpften.

Es ist immer wieder bewegend und überwältigend, wie viele unterschiedliche Kinder und Jugendliche bei der Gedenkfeier vertreten sind, um die Gräueltaten des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit geraten zu lassen und die Erinnerungen der Überlebenden zu bewahren.

Studienbesuch aus Israel

Die BJV pflegt bereits eine langjährige Partnerschaft mit der israelischen Jugendvertretung Council of Youth Move-

ments Israel (CYMI), die zur Stärkung der Gedenkarbeit junger Menschen und Vernetzung beiträgt.

In den vergangenen beiden Jahren wurden durch das EU-Programm Erasmus plus auch Austauschbesuche gefördert. Nach einem BJV-Studienbesuch 2023 in Israel kam im Mai 2024 eine Delegation von 10 Personen zur BJV nach Wien. Neben einem intensiven Austausch mit der BJV und unterschiedlicher Mitgliedsorganisationen standen ein Termin mit Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm und Besuche im österreichischen Parlament sowie der Gedenkstätte Mauthausen auf dem Programm.

Im Zentrum standen die Themen Jugendarbeit und freiwilliges Engagement, Erinnerungskultur sowie die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Israel und wie junge Menschen vor Ort mit der Situation umgehen. Die Vernetzung zwischen CYMI und der BJV bringt immer wieder spannende Einblicke und wird auch in den kommenden Jahren weiter fortgeführt.

Vollversammlung: Beschlüsse zu aktuellen Jugendthemen

Im März 2024 fand die 23. Vollversammlung statt. Dabei stimmten die Delegierten u. a. dafür, sich gegen die Herabsetzung der Strafmündigkeit auszusprechen.



27

Die BJV-Vorsitzenden Rihab Toumi, Julian Christian, Sabrina Prochaska und Sabir Ansari (v. l.) begrüßten bei der Vollversammlung Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm (2. v. l.) als Ehrengast. © BJV/Kirill Lialin

Bei der 23. Vollversammlung der BJV im Catamaran in Wien blickten die Delegierten der BJV-Mitgliedsorganisationen auf das vergangene Arbeitsjahr zurück. Im Mittelpunkt standen dabei die Kinderrechte-Kampagne „Unsere Rechte, eure Spielregeln“ sowie die Anliegen junger Menschen hinsichtlich Klima, Inklusion und Beteiligung. Als Ehrengast begrüßte Jugendstaatssekretärin Claudia Plakolm die Delegierten und bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement in den vielfältigen Kinder- und Jugendorganisationen.

Mehrere aktuelle Jugendthemen wurden besprochen, u. a. beschäftigten sich die Delegierten mit der viel diskutierten Herabsetzung der Strafmündigkeit. Nach einem Austausch stimmte die Vollversammlung deutlich gegen die Altersabsenkung. Diese würde den UN-Empfehlungen widersprechen und laut Expert*innenmeinungen nicht präventiv gegen kriminelle Handlungen wir-

ken. Statt härterer Strafen seien daher eine Wiedereinführung des Jugendgerichtshofs und eine Stärkung der Sozialarbeit wichtig.

Stärkung des Ehrenamts und Klimaschutz als Kinderrecht

Die Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen widmeten sich weiters der Freiwilligenarbeit und dem Thema Klima. Die Delegierten sprachen sich für Erleichterungen für Ehrenamtliche im Kinder- und Jugendbereich aus, insbesondere für einen Sonderurlaub für mindestens fünf Tage. Dieser würde gerade bei der Abhaltung von Sommercamps wichtige Verbesserungen schaffen.

Außerdem wurde neuerlich darauf aufmerksam gemacht, dass Kinder und Jugendliche am stärksten von den Folgen der Klimakrise betroffen sind und Klimaschutz somit Kinderschutz ist. Die Delegierten bekräftigten deshalb die Forderung nach einem Klimaschutzge-

setz und weiteren Maßnahmen wie eine Kinderverträglichkeitsprüfung in Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung. Ebenso wurde Freifahrt für alle unter 30 für öffentliche Verkehrsmittel in Österreich gefordert.

Wahlbeteiligung fördern

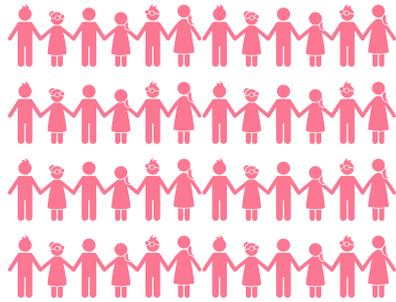
Ein großes Thema während der Vollversammlung war das Wahljahr 2024. Die Mitglieder waren sich einig, dass man junge Menschen für die Wahlen gut informieren möchte. Dafür wurde der Beschluss gefasst, eine Podiumsdiskussion zu organisieren, bei der Jugendliche ihre Fragen direkt an Politiker*innen stellen können. Damit sollte dagegen angegangen werden, dass die Anliegen von Kindern und Jugendlichen im Wahlkampf untergehen.



**2024 für
Kinder und
Jugendliche**

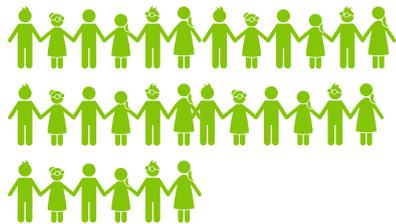
Österreichs Jugend in Zahlen

Mit ihrer Lobby-Arbeit vertritt die BJV die Anliegen und Bedürfnisse von rund drei Millionen Menschen unter 30 Jahren. Hier ein kurzer Überblick in Zahlen.



1.766.206 Mio.

**0- bis 19-Jährige
wurden 2024
in Österreich gezählt.**



1.088.126 Mio.

**20- bis 29-Jährige
wurden 2024
in Österreich gezählt.**

29

Quelle: Statistik Austria

In Österreich umfasst die Altersgruppe „Jugend“ alle jungen Menschen bis zur Vollendung ihres 30. Lebensjahres (vgl. Bundes-Jugendvertretungsgesetz/B-JVG und Bundes-Jugendförderungsgesetz/B-JFG). 2024 waren das laut Statistik Austria exakt 2.854.332 Millionen Menschen. Davon waren rund 1,76 Millionen nicht älter als 19 Jahre.

Die Zahl der 20- bis 29-Jährigen betrug rund 1,08 Millionen. Rund 1,47 Millionen der 0- bis 29-Jährigen waren Buben bzw. Männer. Der Anteil der Mädchen bzw. Frauen belief sich auf rund 1,38 Millionen. Bei diesen Zahlen handelte es sich um Personen mit österreichischer und ausländischer Staatsbürgerschaft.

Die Anzahl an Personen, die maximal 19 Jahre alt waren und die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, lag im vergangenen Jahr bei rund 1,38 Millionen. Rund 785.037 gebürtige Österreicher*innen waren zwischen 20 und 29 Jahren alt.

Nicht alle sind wahlberechtigt

Seit 2007 – mit der Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre – nimmt Österreich in der Europäischen Union (EU) beim Thema Mitbestimmung eine Vorreiterrolle ein. Rund 1,07 Millionen der 16- bis 29-Jährigen mit österreichischer Staatsbürgerschaft waren 2024 wahlberechtigt. Rund 378.000 junge Menschen durften aber aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft nicht mitbestimmen. Das sind hierzulande rund 26 Prozent aller 16- bis 29-Jährigen.

Anzahl der Lehrlinge ist 2024 gesunken

2024 verzeichnete die Statistik Austria sowohl im Schul- als auch im Hochschulbereich einen Anstieg. Die Anzahl der Lehrlinge ging 2024 im Vergleich zu 2023 zurück.

Die Wirtschaftskammer zählte 106.452 Lehrlinge, das sind 1.814 weniger als noch 2023. Rund ein Drittel der Lehrlinge sind weiblich. Die meisten Auszubil-

denden sind in Oberösterreich (22.159), Wien (18.178) und Niederösterreich (16.986) tätig.

Zu Beginn des Schuljahres 2023/24 gab es in Österreichs Schulen rund 1,17 Millionen Schüler*innen, das sind etwa 13.800 mehr als im Schuljahr davor und bedeutet einen Anstieg von rund 1,2 Prozent. Laut Statistik Austria zeigt sich der Zuwachs vor allem im Bereich der allgemeinbildenden Pflichtschulen und ist weiterhin auf die Zuwanderung zurückzuführen.

400.340 Studierende wurden im Wintersemester 2023/2024 an Österreichs Hochschulen gezählt, das sind um 1,8 Prozent mehr als im Jahr davor.



1.381.950 Mio.

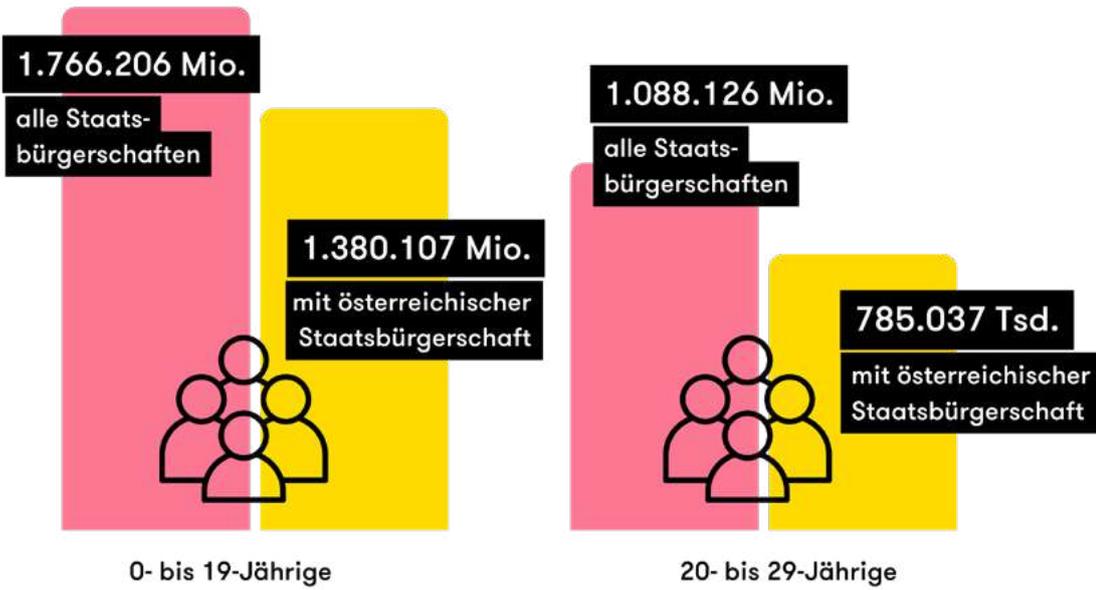
**Mädchen/Frauen
unter 30 Jahre**



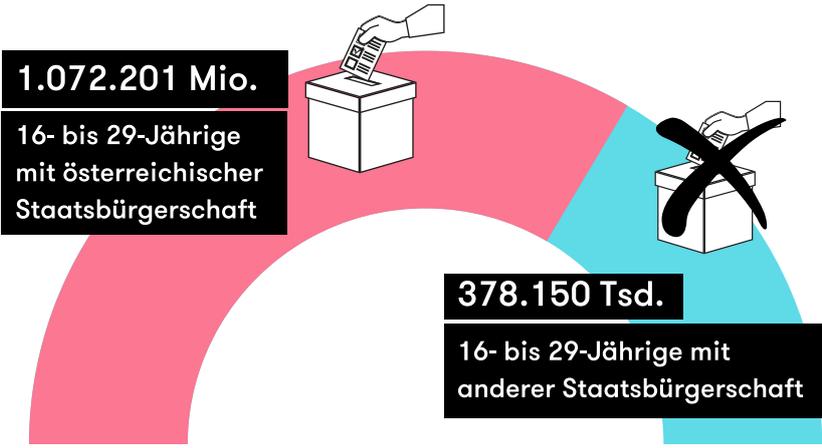
1.472.382 Mio.

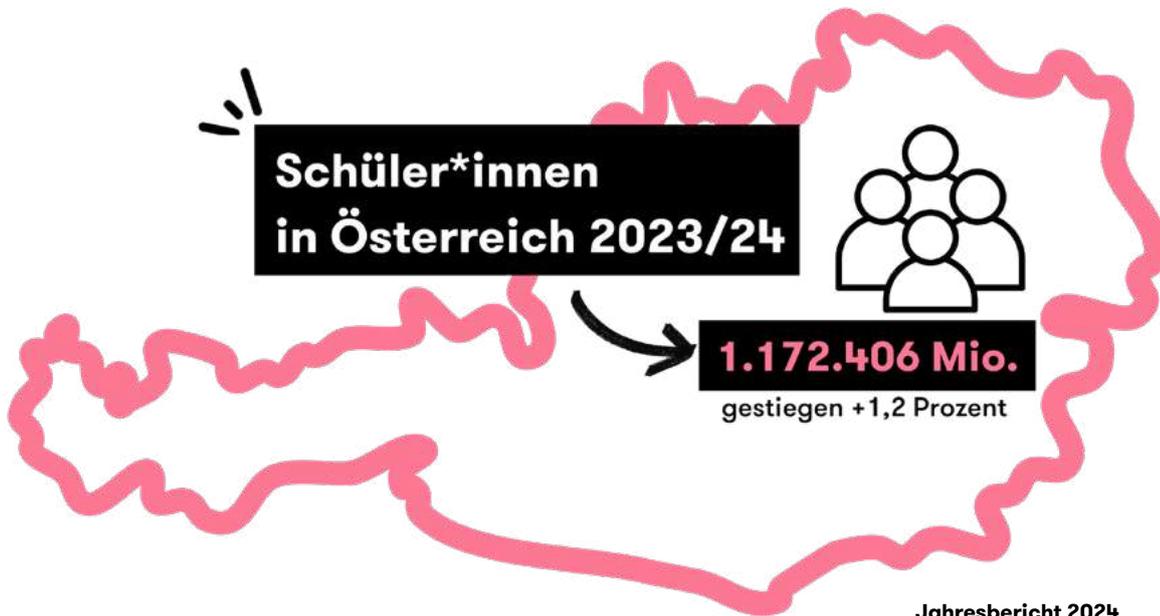
**Buben/Männer
unter 30 Jahre**

30



Quellen: Statistik Austria, WKO





Junge Menschen in die Klimapolitik einbeziehen

Die Bekämpfung der Klimakrise ist nach wie vor eines der größten Anliegen junger Menschen. Die BJV fördert mit einer neuen Plattform den Dialog zwischen Stakeholdern aus Klimaschutz, Jugendarbeit und Politik.

32

Die BJV begrüßte 2024 die Einführung des kostenlosen Klimatickets für 18-Jährige. BJV-Vorsitzende Rihab Toumi stellte die Initiative gemeinsam mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und Mobilitätsexpertin Lina Mosshammer im Rahmen einer Pressekonferenz vor.
© BMK/Cajetan Perwein



Junge Menschen sind wie keine andere Generation von der Klimakrise betroffen. Schon jetzt erleben sie die Auswirkungen der rasanten Erderhitzung – und ohne effektive Klimapolitik wird das auch in Zukunft so sein. Deswegen hat sich die BJV 2024 weiter intensiv für stärkere Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt.

Legislaturperiode endete ohne Klimaschutzgesetz

Allem voran haben BJV-Vertreter*innen bei diversen Möglichkeiten darauf aufmerksam gemacht, dass es ein neues Klimaschutzgesetz braucht. BJV-Vorsitzende Rihab Toumi führte zum Beispiel bei der Jahreskonferenz von klimaaktiv, der Klimaschutzinitiative des Klimaschutzministeriums, aus: „Junge Menschen sind klar an Board, wenn es um Reformen zugunsten unserer Zukunft geht. Es braucht klare Pläne, Ziele und

Vorgaben, um die Klimaneutralität zu erreichen. Deswegen bedauern wir, dass es nach wie vor kein neues Klimaschutzgesetz gibt.“ Bis zur Nationalratswahl im September konnte sich die Regierung nicht auf eine Neuauflage des Gesetzes einigen. In der Klimapolitik darf es in Zukunft aber keine Schritte zurück geben, mahnte BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska: „Jetzigen und zukünftigen jungen Generationen muss das Recht auf eine gesunde Umwelt garantiert werden. Der Kampf gegen die Klimakrise braucht politische Priorität, das ist eine Frage der Generationengerechtigkeit.“

Stärkung der klimafreundlichen Mobilität

Trotz fehlendem Klimaschutzgesetz gab es aber 2024 Verbesserungen für junge Menschen, vor allem im Bereich der klimafreundlichen Mobilität. Die BJV

begrüßte die Einführung des Gratis-Klimatickets für 18-Jährige und stellte die Initiative gemeinsam mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler im Rahmen einer Pressekonferenz vor.

Die BJV forderte gleichzeitig weitere Maßnahmen, um junge Menschen vom Auto unabhängig zu machen, wie zum Beispiel den zügigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. „Gerade am Land ist das Auto oft nicht freiwillig gewählt, denn es fehlen einfach die entsprechenden Angebote und Anbindungen. Da sollte die Politik noch nachschärfen“, betonte BJV-Vorsitzende Rihab Toumi bei der Präsentation des kostenlosen Klimatickets für 18-Jährige.

Mehr Mitbestimmung in der Klimapolitik

Neben starken Klimaschutzmaßnahmen wollen junge Menschen mehr



BJV-Vorsitzende Rihab Toumi nahm im Juni 2024 an der Jahreskonferenz von klimaaktiv teil. Dort betonte sie u. a. die Notwendigkeit eines Klimaschutzgesetzes, um die Lebensgrundlage junger Menschen zu schützen. © klimaaktiv/APA-Fotoservice/Juhasz

Mitsprachemöglichkeiten bei der Klimapolitik. Neben dem seit 2022 jährlich stattfindenden Klimajugendrat und dem Climate Action Award führt die BJV seit 2024 deshalb im Auftrag der Österreichischen Energieagentur (AEA/klimaaktiv) die Stakeholder-Plattform „Klimakommunikation & Jugendpartizipation“ durch. Denn nicht immer wissen engagierte Personen oder Institutionen, wie junge Menschen gut mit Klimathemen erreicht und für Beteiligung gewonnen werden können. Die Plattform soll die Vernetzung und den Austausch von Stakeholdern aus Jugendarbeit und -politik, Verwaltung und Klimaschutz fördern. Neben dem Klimaministerium, dem Bundeskanzleramt und den zuständigen Referaten der Bundesländer sind in der Plattform v. a. Organisationen vertreten, die sich in ihrer Arbeit u. a. mit konstruktiver, aktivierender Klimakommunikation,

Empowerment und qualitätsvoller Beteiligung von jungen Menschen beschäftigen.

Verankert sind die Aktivitäten der Plattform im klimaaktiv JugendDialog – klimaaktiv ist die Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

Durch Wissens- und Erfahrungsaustausch sollen Synergien zwischen den Stakeholdern ermöglicht werden. Die Arbeit der Plattform zielt nicht zuletzt darauf ab, die Kommunikation mit bisher wenig involvierten Zielgruppen zu verbessern und diese Gruppen von jungen Menschen stärker in Beteiligung einzubinden.

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen stärken

Ausreichende Gesundheitsversorgung und Prävention sind nicht für alle Kinder und Jugendlichen gewährleistet. Die BJV widmet sich mit ihrem Projekt „TOPSY Youth“ der psychischen Gesundheit und setzt dabei auf Jugendbeteiligung.

34

BJV-Vorsitzende Rihab Toumi (l.) bei einer gemeinsamen Pressekonferenz zum HPV-Tag mit der Initiative HPV-Impfung jetzt! und der ÖH, an der auch Gesundheitsstadtrat Peter Hacker, Gesundheitsminister Johannes Rauch und ÖGK-Obmann Andreas Huss (v. l.) teilnahmen. © BJV



Für Kinder und Jugendliche sind im Gesundheitsbereich vor allem eine Stärkung der Prävention und eine bessere Versorgungslage notwendig. Lange Wartezeiten oder hohe Kosten für medizinische Notwendigkeiten können in jungen Jahren besonders dramatische Folgen haben, weil sich gesundheitliche Probleme dadurch chronifizieren können. Für die BJV steht fest, dass Gesundheitsversorgung nicht von den finanziellen Mitteln oder dem Wohnort abhängen darf.

Psychische Belastungen weiter groß

Die Zahlen zur psychischen Gesundheit junger Menschen zeigen nach wie vor eine prekäre Lage. Sorgen um die Klimakrise, Teuerung oder Krieg belasten Jugendliche stark.

Bereits vor der Pandemie hatte laut HBSC-Studie jede vierte junge Person psychische Beschwerden. Mittlerweile kämpft bereits jede dritte junge Person mit psychischen Belastungen. Hier gibt

es großen Handlungsbedarf, insbesondere weil Unterstützungsangebote nicht für alle Kinder und Jugendlichen verfügbar sind. Im Jahr 2022 wurde von der Bundesregierung das Projekt „Gesund aus der Krise“ ins Leben gerufen, das jungen Menschen unkompliziert psychische Unterstützung verschafft. Dieses Projekt wurde bereits mehrfach verlängert. Für die BJV ist wichtig, dass solche Initiativen ausgebaut und langfristig verankert werden.

Diskussion im Jugendausschuss

Die psychische Gesundheit wurde auch im Ausschuss für Familie und Jugend im Parlament am 5. März thematisiert, in den BJV-Vorsitzender Julian Christian als Experte zur Diskussion des jüngsten Jugendberichts geladen war. Der Vorsitzende zeigte dabei auf, wie sehr sich die aktuellen Krisen auf das Wohlbefinden junger Menschen auswirken und dass es langfristige Maßnahmen wie kassenfinanzierte Psychotherapieplätze und den Ausbau von Psychiatrieplätzen braucht.

Projekt „TOPSY – Toolbox Psychische Gesundheit“

Die BJV hat 2022 gemeinsam mit der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit das Projekt „TOPSY – Toolbox Psychische Gesundheit“ initiiert. In diesem Rahmen wurde eine Toolbox entwickelt sowie Workshops und Vernetzungstreffen mit Akteur*innen aus dem Jugend- und Gesundheitsbereich durchgeführt. Die TOPSY-Toolbox ist mittlerweile in der dritten Auflage verfügbar und weiterhin sehr gefragt. Dieser Erfolg wurde im Rahmen einer Abschlussveranstaltung im Februar 2024 gefeiert. Gleichzeitig konnte auch eine Fortsetzung des Projektes verkündet werden.

Folgeprojekt „TOPSY Youth“ gestartet

Mit „TOPSY Youth“ startete nahtlos ein Folgeprojekt zur bestehenden Toolbox. Denn weitere Schritte zur Förderung und Stärkung der psychischen Gesundheit junger Menschen in Österreich sind nach wie vor notwendig.

Die letzten Jahre haben einen großen Bedarf an Partizipation von Jugendlichen aufgezeigt. Die BJV hat deshalb – erneut in enger Zusammenarbeit mit der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit – die Mitbestimmung junger Menschen in Fragen der psychosozialen Gesundheit zum Schwerpunkt des neuen Projekts gemacht.

Dialogformate und Lagebericht zur psychischen Gesundheit geplant
Für Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren werden im Rahmen von „TOPSY Youth“ Dialogformate mit Entscheidungsträger*innen aus Politik, Verwaltung und Gesundheitswesen entwickelt. Die Ergebnisse dieser Dialoge sollen in einen umfassenden Lagebericht zur psychischen Gesundheit junger Menschen einfließen.

Ab Frühjahr 2025 werden die Dialogformate in ganz Österreich stattfinden und gezielt jene Jugendlichen einbinden, die in Partizipationsprozessen oft wenig berücksichtigt werden – etwa Lehrlinge oder Jugendliche mit Behinderungen.

Der daraus entstehende Lagebericht wird im Sommer 2025 veröffentlicht und spannende Einblicke in die Realität der psychischen Gesundheit junger Menschen liefern.

Prävention darf nicht an Kosten scheitern

Um allen jungen Menschen Gesundheitsvorsorge zu ermöglichen, fordert die BJV die Ausweitung kostenloser Angebote wie der HPV-Impfung. HPV steht für Humane Papillomviren, eine Virusgruppe, die zu abnormem Zellwachstum führen und u. a. Krebs verursachen kann. Im Jahr 2024 setzte sich die BJV verstärkt für eine Gratisimpfung bis 30 Jahre ein, bis zu diesem Alter gilt auch eine offizielle Impfpflicht in Österreich. Dennoch war die Impfung bisher für Jugendliche über 21 Jahren mit hohen Kosten verbunden (je nach Bundesland bis zu rund 600 Euro).

Pressekonferenz am HPV-Tag

Zum HPV-Tag am 4. März rückte die BJV gemeinsam mit der Initiative HPV-Impfung jetzt! und der ÖH die Forderung

der Gratisimpfung bis 30 bei einer Pressekonferenz ins Zentrum. Daran nahmen auch Gesundheitsminister Johannes Rauch, Gesundheitsstadtrat Peter Hacker und ÖGK-Obmann Andreas Huss teil. Sie stellten den unmittelbar davor getroffenen Beschluss vor, die gratis HPV-Impfung als Nachholaktion bis Ende 2025 allen 21- bis 30-Jährigen in Österreich zur Verfügung zu stellen.

Erfreulicherweise hat die Umsetzung dieser BJV-Forderung bereits große Wirkung gezeigt: Bis Jahresende hat sich die HPV-Impfquote bei der Altersgruppe der 21- bis 30-Jährigen beinahe verzehnfacht.

„Jetzt geht es weiterhin darum, Jugendliche niederschwellig über die Impfung zu informieren und das Gratis-Impfangebot langfristig fortzuführen“, betont BJV-Vorsitzende Rihab Toumi.



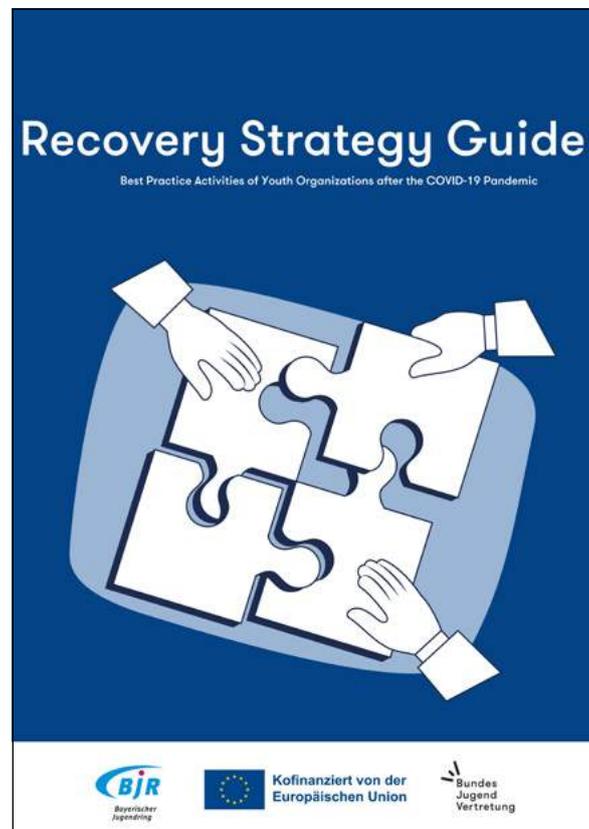
Bei der TOPSY-Abschlussveranstaltung diskutierten BJV-Vorsitzender Julian Christian, Hannah Frisch von Change for the Youth, ÖBVP-Präsidentin Barbara Haid und Petra Reutemann, stellvertretende Leiterin der Fachsektion Kinder-, Jugend- und Familienpsychologie des BÖP, über die psychische Gesundheit junger Menschen. © Luis Harmer

Kinder- und Jugendorganisationen unterstützen

2024 begrüßte die BJV mehrere Schritte der Regierung für mehr Kinderschutz. Für eine stärkere Umsetzung braucht es aber finanzielle Mittel, vor allem auch für Kinder- und Jugendorganisationen.

36

Der „Recovery Strategy Guide“ zeigt auf, mit welchen Herausforderungen Kinder- und Jugendorganisationen seit der Corona-Pandemie zu kämpfen hatten und mit welchen Lösungsansätzen gute Erfahrungen gemacht werden konnten. © BJV



Eine Kinderschutz-Kampagne, verpflichtende Kinderschutz-Konzepte an Schulen, und eine neue Fachstelle für digitalen Kinderschutz: 2024 hat die Regierung begrüßenswerte Maßnahmen für einen stärkeren Kinderschutz umgesetzt.

Im Mittelpunkt der Debatten stand dabei häufig die sexuelle Gewalt gegen Kinder, ein Bereich, bei dem stärkere Präventions- und Schutzmaßnahmen notwendig sind. Aus BJV-Sicht muss Kinderschutz umfassend betrachtet werden: Es braucht mehr Bewusstsein dafür, dass bereits die Herabwürdigung und Beschämung eines Kindes eine Form von Gewalt ist, vor der geschützt werden muss. Denn Kinderschutz muss alle Gewaltformen abdecken.

Deswegen fordert die BJV, die verpflichtenden Kinderschutz-Konzepte auszuweiten und finanzielle Mittel für die Umsetzung zur Verfügung zu stellen. Insbesondere sollten Kinder- und Jugendorganisationen unterstützt werden, wenn sie Kinderschutz-Konzepte erarbeiten. „In allen Einrichtungen, in denen

mit Kindern gearbeitet wird, soll Kinderschutz einen fixen Platz im Berufsalltag bekommen. Dafür braucht es Personal und finanzielle Mittel, vor allem für Aus- und Weiterbildung, aber auch für Anlaufstellen, denen Vorfälle anonym gemeldet werden können“, ist BJV-Vorsitzender Sabir Ansari überzeugt.

Darüber hinaus müsse aber auch in anderen Bereichen angesetzt werden, um Kinder und Jugendliche vor Gewalt zu schützen. „Wir sprechen uns für ein bundesweites Kinderschutzgesetz aus, das verbindliche Qualitätskriterien vorgibt. Alle, die mit Kindern arbeiten, müssen dazu verpflichtet werden, den Schutz von Kindern ernst zu nehmen und umzusetzen“, betont BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska, die auf die wertvolle Arbeit der Kinder- und Jugendorganisationen verwies, die für junge Menschen oft als wichtiges soziales Netz dienen.

„Restart Youth Work“ feierte Abschluss

Ein Projekt, das Kinder- und Jugendorganisationen unterstützte, sich von den

Auswirkungen der Corona-Pandemie zu erholen, war „Restart Youth Work“. Die BJV hat gemeinsam mit dem Bayerischen Jugendring 2023 und 2024 analysiert, mit welchen Herausforderungen Kinder- und Jugendorganisationen seit der Corona-Pandemie zu kämpfen hatten und welche Lösungen bereits für Probleme gefunden werden konnten.

Im August 2024 erreichte das Projekt mit der Fertigstellung des „Recovery Strategy Guide“ und zwei Events in Gating und Wien seinen Abschluss. Der „Recovery Strategy Guide“ ist ein Leitfaden, der die zentralen Herausforderungen von Kinder- und Jugendorganisationen zusammenfasst und Beispiele beinhaltet, wie pandemiebedingte Hürden gemeistert werden konnten. Die Erfahrungen stammen von Organisationen aus Österreich und Deutschland. Sie beleuchten Probleme wie die Finanzierung, die schwierige Erreichbarkeit von Mitgliedern oder den Übergang zu digitalen Formaten während der Corona-Pandemie. Abrufbar ist der „Recovery Strategy Guide“ auf www.bjv.at.

Kinder- und Jugendarmut

Kinder und Jugendliche sind überdurchschnittlich armutsgefährdet. Armut wirkt sich auf viele Lebensbereiche negativ aus.



376.000 Tsd.

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind nach EU-Definition armuts- oder ausgrenzungsgefährdet.

37

Quelle: Eurostat, EU-Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC)

Die Teuerung blieb 2024 eine der großen Herausforderungen. Die EU-SILC-Zahlen von 2023 zeigten einen weiteren Anstieg von Kinderarmut. Mittlerweile ist fast jedes 4. Kind in Österreich von Armut betroffen oder bedroht, das sind insgesamt 376.000 junge Menschen unter 18 Jahren. Kinder und Jugendliche sind besonders armutsgefährdet, v. a. in Familien mit einem Elternteil oder mit drei und mehr Kindern. So ist in Einelternhaushalten die Armutsgefährdung viermal höher als in der Gesamtbevölkerung. Armut im Kindesalter wirkt sich nicht nur materiell aus, sondern kann lebenslang negative Auswirkungen auf den Bildungsweg, die Gesundheit oder die soziale Teilhabe haben.

Kinder haben ein Recht darauf, unter angemessenen Lebensstandards aufzuwachsen. Dazu zählen ausgewogene Ernährung, gute Wohnverhältnisse und Bildungsmöglichkeiten. Kinderarmut zu reduzieren, führt nicht nur zum Abbau von Ungleichheiten, sondern auch zur bestmöglichen Umsetzung der Kinderrechte.

Politische Schritte

Die BJV setzt sich dafür ein, Kinderarmut in Österreich nachhaltig zu bekämpfen. 2024 appellierte sie an die Regierung, dem Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Europäischen Kindergarantie Priorität einzuräumen. Dieser sieht Maßnahmen wie die Aufstockung von Kinderbetreuungsplätzen sowie den Ausbau der Ganztagschulen mit kostenlosem Mittagessen vor. Begrüßenswert findet die BJV, dass Sozialminister Johannes Rauch die Ausarbeitung eines Modells für die Kindergrundsicherung startete. Bei der nächsten Regierung geht es darum, dass das Modell einer Kindergrundsicherung weiter verfolgt wird.

Jugend und Verschuldung

Jugendliche in Ausbildung oder beim Einstieg ins Berufsleben sind besonders stark von der Teuerung betroffen, insbesondere bei den Wohnkosten. Einerseits sind neu abgeschlossene Mietverträge teurer und meist befristet, zusätzlich belasten die hohen Energiepreise enorm. Außerdem wird für junge Menschen die Finanzierung von Wohneigentum immer

schwieriger. Steigende Verschuldung und Privatkonkurse sind Entwicklungen, denen sich die Politik stärker widmen muss.

Teuerung große Belastung

Teuerung und Armut beschäftigen Kinder und Jugendliche. „Die aufgehende Schere zwischen Arm und Reich“ zählte bei der letzten Ö3-Jugendstudie zu den größten angegebenen Sorgen. Von 83 Prozent der Befragten wurde Finanzbildung als Schulfach genannt, das derzeit am meisten fehle.

Die AK-Jugendmonitor-Befragung bestätigte den finanziellen Druck junger Menschen. Etwas mehr als die Hälfte hatte finanzielle Rücklagen aufgebraucht, das Konto überzogen oder sich Geld geliehen. Ein Viertel konnte entweder nicht umziehen oder musste sich aufgrund zu hoher Kosten eine neue Wohnung suchen. Auch Ausbildungspläne mussten oft aus finanziellen Gründen geändert werden.



Kinder- und Jugend- beteiligung

Neues Frauenkomitee gewählt

Alena Boskovic, Lejla Visnjic und Anja Bauer sind die neuen Sprecherinnen des BJV-Frauenkomitees. Bei ihrer ersten Aktion setzten sie ein Zeichen gegen Gewalt an Mädchen* und jungen Frauen*.



Alena Boskovic (M.) wurde zur neuen Sprecherin des BJV-Frauenkomitees gewählt. Lejla Visnjic (l.) und Anja Bauer (r.) sind ihre Stellvertreterinnen. © BJV

39

Alle zwei Jahre wechselt das Sprecherinnen-Team des BJV-Frauenkomitees. Ende Mai war es wieder soweit: Vertreter*innen der Mitgliedsorganisationen wählten Alena Boskovic von der Muslimischen Jugend zur neuen Sprecherin des BJV-Frauenkomitees. Unterstützt wird sie von Lejla Visnjic (Sozialistische Jugend) und Anja Bauer (Landjugend), die als Stellvertreterinnen gewählt wurden.

Aysenur Sümer und Hannah Pühringer, die zuvor das Frauenkomitee-Team bildeten, wurden nach der Wahl mit großem Dank verabschiedet. Sie hatten im Frühjahr noch gemeinsam mit der erdbeerwoche und Plan International die Petition „Leistbare Periodenprodukte für alle“ dem Bundeskanzleramt übergeben. Insgesamt 4.730 Personen unterstützen die Forderungen, die das Frauenkomitee mit ihren Kooperations-

partnerinnen aufgestellt hatte. Dazu zählte zum Beispiel, dass Schulen und öffentliche Gebäude mit kostenlosen Periodenprodukten ausgestattet werden.

Forderung nach mehr Gewaltschutz und Prävention

Die erste Aktivität des neuen Frauenkomitees war die Teilnahme an der weltweiten Aktion „16 Tage gegen Gewalt“. Während dieser Zeit wurden von den Sprecherinnen verschiedene Social Media-Aktionen organisiert, die zum Ziel hatten, gemeinsam mit BJV-Mitgliedsorganisationen die Problematik von Gewalt gegen Frauen* und Mädchen* in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. In den Aktionswochen wurde aber nicht nur auf den bestehenden Handlungsbedarf hingewiesen, sondern auch eine konkrete Forderung aufgestellt: Der Ausbau von Gewaltschutz und Prävention in Österreich.

Erste Aktivitäten fixiert

Für 2025 hat das Frauenkomitee bereits erste Veranstaltungen geplant: Im Frühjahr wollen sich Alena Boskovic, Lejla Visnjic und Anja Bauer mit interessierten Frauen* über Geschlechterstereotype und das Thema Empowerment auszutauschen. Dazu ist ein kreatives Event unter dem Motto „Craft how you feel“ geplant. Außerdem soll im März, anlässlich des Frauenmonats, eine Buchbesprechung stattfinden.

Inklusionsbeirat setzt sich für den Abbau von Barrieren ein

2024 stärkte der BJV-Inklusionsbeirat die Stimmen junger Menschen mit Behinderung. Vor allem in den Bereichen Bildung, Freizeit und Wohnen müssen Hürden abgebaut werden.

40

Bei ihren Treffen erarbeiteten die Mitglieder des BJV-Inklusionsbeirats Maßnahmen, um Barrieren abzubauen. Diese gibt es vor allem in den Bereichen Bildung, Freizeit und Wohnen. © BJV



Trotz der Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung gibt es in Österreich wenig Bemühungen, junge Menschen mit Behinderung politisch teilhaben zu lassen. In ihrem Alltag müssen sie nach wie vor verschiedene Barrieren überwinden. Um ihre Stimmen zu stärken, hat die BJV einen eigenen Inklusionsbeirat gegründet, der sich auch 2024 mit den Herausforderungen junger Menschen mit Behinderung auseinandersetzte.

Bei fünf Treffen nahmen bis zu zehn junge Menschen aus unterschiedlichen Bundesländern teil und tauschten sich mit Mitgliedern des BJV-Vorstands und des BJV-Büro aus. Dabei standen vor allem die Bereiche Bildung, Freizeit und Wohnen im Fokus.

Barrieren abbauen

Besonders im Bereich Wohnen bestehen noch viele Hindernisse: Mietverträge sind oft nicht in Leichter Sprache verfügbar, barrierefreie Wohnungen sind schwer zu finden und meist zu teuer. Zudem fühlen sich die Jugendlichen vom Staat in institutionelle Einrichtungen gedrängt und haben das Gefühl, nicht selbst über ihre Wohnsituation entscheiden zu können. Auch in den Bereichen Bildung und Freizeit müssen Hürden abgebaut werden. Barrierefreiheit ist an vielen Schulen und Universitäten noch nicht selbstverständlich. Zudem fehlen inklusive Freizeitangebote, besonders in ländlichen Regionen. Die eingeschränkte Mobilität stellt für viele junge Menschen mit Behinderung eine zusätzliche Belastung dar, da öffentliche Verkehrsmittel oft unzureichend barrierefrei sind.

Teilhabe ermöglichen

Die Mitglieder des Inklusionsbeirats fordern daher gezielte Maßnahmen, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Die Forderungen wurden bereits im Rahmen der Österreichischen Jugendkonferenz an die Politik weitergegeben und flossen zum Beispiel auch in das Kinder- und Jugendprogramm der BJV ein, das sich an die neue Regierung richtet.

Auch 2025 wird der Inklusionsbeirat seine Aktivitäten fortsetzen. Das erste Treffen ist für Ende Jänner angesetzt, die Teilnehmenden werden hier eigene Schwerpunkte setzen und entsprechende Aktivitäten umsetzen können. Die Arbeit des Inklusionsbeirats zeigt, wie wichtig es ist, jungen Menschen mit Behinderung Möglichkeiten zu geben, sich einzubringen und gehört zu werden sowie echte politische Mitbestimmung zu erreichen.

Für die junge Generation quer durch Europa

Die Europäischen Jugenddelegierten Fariha Khan und Michael Stadlmann vertraten 2024 die Interessen junger Menschen aus Österreich auf europäischer Ebene. Im Mittelpunkt ihrer Arbeit stand das Thema Inklusion sowie die EU-Wahl.



41

Die European Youth Delegates Fariha Khan (M.) und Michael Stadlmann nahmen im September an der EU-Jugendkonferenz in Budapest teil. Unterstützt wurden sie von Mona Fischer, die den Jugenddialog als Teilnehmerin der Österreichischen Jugendkonferenz begleitet hat. © BJV

Für die European Youth Delegates (EYDs) Fariha Khan und Michael Stadlmann ging es 2024 quer durch Europa. Im Rahmen der 10. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs, die sich dem Youth Goal #3 „Inklusive Gesellschaften“ widmete, reisten sie zu den EU-Jugendkonferenzen nach Gent und Budapest. Dort entwickelten die EYDs gemeinsam mit anderen Jugenddelegierten aus Europa Maßnahmen zur Förderung der Inklusion. Während man sich in Gent allgemein mit dem Thema Inklusion befasste, lag in Budapest der Schwerpunkt auf den Herausforderungen der ländlichen Jugend. Fariha Khan und Michael Stadlmann arbeiteten an Ideen für digitale Lernplattformen und mobile Bildungsangebote, die den Zugang zu Bildung für Jugendliche in abgelegenen Regionen verbessern sollen.

Zudem nahmen die EYDs an der General Assembly und im Herbst an der Council of Members des European Youth Forums teil, wo über wichtige jugendrelevante Themen abgestimmt wurde.

Internationale Einsätze für die Jugend
Neben gemeinsamen Projekten engagierten sich die Europäischen Jugendde-

legierten bei weiteren Veranstaltungen. So setzte sich Fariha Khan bei zwei Europarat-Konferenzen in Straßburg für Geschlechtergleichstellung ein und diskutierte beim World Forum for Democracy über Demokratie und Meinungsfreiheit. Beim „Your Europe, Your Say!“-Event in Brüssel arbeitete sie zudem mit anderen Jugendlichen an Empfehlungen zu Inflation und Desinformation. Michael Stadlmann brachte sich bei der Ausarbeitung eines Referenzrahmens für sinnvolle Jugendbeteiligung in ganz Europa ein. Besonders das Teilen von Best-Practice-Beispielen aus Österreich stand hier im Mittelpunkt.

Europawahl: Aufruf zur politischen Teilnahme

2024 prägte aber vor allem auch die EU-Wahl die Arbeit der Europäischen Jugenddelegierten. Die EYDs riefen Jugendliche auf, ihr Stimmrecht wahrzunehmen. Michael Stadlmann nahm dafür an mehreren Podiumsdiskussionen teil und unterstützte die regionalen Dialoge der BJV in St. Pölten und Salzburg. In einer Keynote im Rahmen der Kampagne „Euphoria“ betonten die EYDs die Bedeutung des jugendlichen Engagements für die Zukunft Europas.

Austauschtreffen in Wien

Den Abschluss des EYD-Jahres bildete u. a. ein großes Austauschtreffen in Österreich. Auf Einladung der BJV und der EYDs kamen Jugenddelegierte aus ganz Europa nach Wien, um über das Wählen ab 16 und aktuelle Projekte zu sprechen. Die Bilanz: Österreichs Erfahrungen zeigen, dass ein niedriges Wahlalter das politische Engagement junger Menschen fördert und für andere Länder ein Vorbild sein kann.

Ausblick: Neue Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs startet

2025 wird eine neue European Youth Delegate Fariha Khans Mandat übernehmen. Außerdem startet die 11. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs, die sich mit dem Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“ auseinandersetzt.

EU-Jugenddialog: Für ein inklusives Europa

Die 10. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs widmete sich dem Youth Goal #3 „Inklusive Gesellschaften“. Wie wirken sich Barrieren auf die Beteiligungschancen der jungen Generation aus? Dem gingen junge Menschen aus ganz Europa nach.

42



Im Zuge der Jugendkonferenz formulierten die Teilnehmenden rund 50 politische Empfehlungen für mehr Inklusion.
© BJV/Kirill Lialin

Der EU-Jugenddialog ist ein Beteiligungsprozess, der gleichzeitig auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene in den EU-Mitgliedsstaaten stattfindet. Die BJV koordiniert diesen Prozess in Österreich und setzt Aktivitäten dazu um, z. B. Befragungen, Workshops, Dialoge und die Österreichische Jugendkonferenz. Jede Beteiligungsrunde widmet sich thematisch einem Youth Goal und dauert eineinhalb Jahre, analog zur aktuellen Trio-Ratspräsidentschaft (siehe Infobox).

Bereits im Juli 2023 erfolgte der Startschuss für die 10. Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs unter dem Motto „We need YOUth – Gemeinsam ein inklusives Europa gestalten“. Behandelt wurden Fragen rund um das Youth Goal #3 „Inklusive Gesellschaften“. In einer Online-Befragung erhob die BJV, welche

Hürden junge Menschen im Alltag haben und wie sich diese auf ihre Beteiligung auswirken.

Viele von Hate Speech betroffen

Im Frühling 2024 wurden die Ergebnisse der Umfrage schließlich im Rahmen eines Pressegesprächs der Öffentlichkeit präsentiert. Es konnte festgestellt werden, dass Diskriminierungserfahrungen aufgrund von Herkunft, Religion oder Behinderung für viele Jugendliche Alltag sind, sei dies im Schulkontext, bei der Arbeitssuche oder auch in der Freizeit. Diese wirken sich negativ auf die Beteiligung junger Menschen aus.

Vor allem das Internet wurde als relevanter Raum für Diskriminierungserfahrungen genannt. „Wenn von den Teilnehmer*innen unserer Befragung 85 Prozent sagen, dass sie im Internet

Hate Speech beobachten und fast die Hälfte davon selbst betroffen ist, zeigt das einmal mehr, dass Medienbildung und Antidiskriminierungsmaßnahmen ausgebaut werden müssen. Vor allem sollten die großen Internetplattformen stärker zur Verantwortung gezogen werden“, betonte BJV-Vorsitzender Sabir Ansari beim Pressegespräch.

Ergebnisse bei Jugendkonferenz diskutiert

Die Ergebnisse der Befragung wurden anschließend mit der Politik diskutiert. Insbesondere bei der 5. Österreichischen Jugendkonferenz in Graz hatten rund 60 junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren die Möglichkeit, ihre Anliegen an die Landesrät*innen für Jugend heranzutragen. Mit dabei waren auch Mitglieder des BJV-Inklusionsbeirates, die Erfahrungen aus ihrem Leben teilten.

Im Zuge der dreitägigen Konferenz formulierten die Jugendlichen rund 50 politische Empfehlungen, die im Bildungsbereich, am Arbeitsmarkt, in der Freizeit und bei den Themen Wohnen und Gesundheit für mehr Inklusion sorgen sollen. Die anwesenden Jugendlandesrät*innen Simone Schmiedtbauer (Steiermark), Sara Schaar (Kärnten), Wolfgang Hattmannsdorfer (Oberösterreich) und Astrid Mair (Tirol) konnten nach den Dialogrunden konkrete Erkenntnisse abgeben, ob und wie sie die Empfehlungen der jungen Teilnehmenden weiterverfolgen werden.

So wurde angekündigt, dass in der Steiermark Informationen und Verträge (z.B. Mietverträge) in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt werden sollen. In Oberösterreich möchte man Kinder- und Jugendräte auf Gemeindeebene einführen. In Kärnten soll jede*r Schüler*in einmal im Jahr schulpсихologische Unterstützung erhalten und in Tirol sollen Menschen mit Behinderung für ihre Arbeit nicht nur Taschengeld, sondern Lohn erhalten.

Die Forderungen, die im Rahmen des EU-Jugenddialogs in Österreich gesammelt wurden, fließen in die weitere Arbeit der BJV als Interessenvertretung ein, sowohl österreichweit als auch auf Bundesländerebene. Außerdem wurden die Ergebnisse durch die Europäischen Jugenddelegierten der BJV zu den EU-Jugendkonferenzen nach Belgien und Ungarn getragen und dort mit europäischen Entscheidungsträger*innen diskutiert.

Neue Beteiligungsrunde widmet sich Youth Goal #1

Den Vorsitz im Rat der EU übernimmt mit 2025 das Trio Polen, Dänemark und Zypern. Sie widmen sich thematisch dem Youth Goal #1 „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“. In Österreich wird dazu wieder eine Befragung durchgeführt und Mitte Juni findet dann die 6. Österreichische Jugendkonferenz in Oberösterreich statt. Auf europäischer Ebene ist die 1. Jugendkonferenz für März in Polen geplant.

Infobox

Trio-Ratspräsidentschaft

Alle sechs Monate übernimmt ein anderer EU-Mitgliedstaat den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Damit politische Aufgaben langfristig betreut werden, arbeiten jeweils drei EU-Mitgliedstaaten über 18 Monate in der „Trio-Ratspräsidentschaft“ zusammen. Eine Trio-Ratspräsidentschaft begleitet auch jeweils eine Beteiligungsrunde des EU-Jugenddialogs.

Der 10. EU-Jugenddialog fand unter der Trio-Ratspräsidentschaft Spanien, Belgien und Ungarn statt. Mehr Informationen zum EU-Jugenddialog gibt es unter www.jugenddialog.at.

Rund 60 junge Menschen waren bei der 5. Österreichischen Jugendkonferenz in Graz dabei. Sie diskutierten mit den Landesrät*innen für Jugend über eine inklusive Gesellschaft. © BJV/Kirill Lialin



UN-Jugenddelegierte setzten sich für eine bessere Zukunft ein

Marvin Huber, Jana Berchtold und Markus Wainde Wane vertraten 2024 die Anliegen junger Menschen bei den Vereinten Nationen. Dafür nahmen sie an verschiedenen Konferenzen teil, u. a. am Zukunftsgipfel in New York.

44

Seit 12 Jahren entsendet die BJV UN Youth Delegates (UNYDs) zu den Vereinten Nationen. Dort setzen sie sich im höchsten politischen Gremium, der UN-Generalversammlung, und in anderen UN-Foren für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein. 2024 übernahmen Marvin Huber, Jana Berchtold und Markus Wainde Wane diese Aufgabe. In Events und Workshops quer durch Österreich sprachen sie mit jungen Menschen über ihre Anliegen, um diese dann zu den Vereinten Nationen mitzunehmen.

Intensiver Austausch beim ECOSOC Jugendforum

Für Marvin Huber, der von 2022 bis 2024 UNYD war, zählte die Teilnahme beim ECOSOC Jugendforum in New York zu seinen Highlights. Dieses jährliche Forum bietet jungen Menschen aus der ganzen Welt die Möglichkeit, mit den Mitgliedsstaaten der UN und anderen internationalen Akteuren in den Dialog zu treten.

„Gemeinsam mit Jugenddelegierten aus 50 anderen Ländern, 1.000 Aktivist*innen sowie 10.000 virtuellen Teilnehmer*innen konnte ich beim ECOSOC Jugendforum aktiv an Ideen, Forderungen

und Lösungsvorschlägen zu den größten Herausforderungen unserer Zeit arbeiten. Für mich zeigte das einmal mehr: Junge Menschen sind der Antrieb zur Veränderung! Mein Beitrag dazu basierte auf den Ergebnissen von über 40 Workshops sowie zahlreichen Konsultationen mit Kindern und Jugendlichen, die ich in meiner Zeit als Jugenddelegierter in Österreich durchführen durfte“, so Marvin Huber.

Statement vor der Frauenstatuskommission

Jana Berchtold startete ihr Mandat als UN-Jugenddelegierte im Frühling 2023. Für sie ging es 2024 gleich zweimal nach New York. Das erste Mal durfte sie im März als Mitglied der österreichischen Delegation zur 68. UN-Frauenstatuskommission (CSW) reisen.

„Die CSW ist die größte Versammlung, die Geschlechtergerechtigkeit und Frauenförderung ins Zentrum stellt. Es sind dabei auch viele Vereine, NGOs und Aktivist*innen vor Ort involviert, was sie zu einer besonders großen und intensiven Konferenz macht. Wenn wir aus der Perspektive von jungen Menschen zum Beispiel über die Förderung



UN-Jugenddelegierte Jana Berchtold hielt eine eigene Rede bei der 79. UN-Generalversammlung. © BJV

von Geschlechtergerechtigkeit durch die Bekämpfung von Armut sprechen, dann rücken besonders Themen wie Periodenarmut, Vererbung des Bildungsstands der Eltern, mangelnde entlohnte Care-Arbeit, mangelnde leistbare Freizeitangebote und fehlende Mitsprachemöglichkeiten in den Fokus“, berichtet Jana Berchtold. Das Highlight war für sie die Möglichkeit, diese Anliegen in einem offiziellen Statement vor den UN-Mitgliedsstaaten zu thematisieren sowie mit vielen internationalen Vertreter*innen, u. a. der EU-Kommissarin für Gleichstellung, Helena Dalli, zu diskutieren.

UN-Generalversammlung und Zukunftsgipfel

Das zweite Mal ging es für UN-Jugenddelegierte Jana Berchtold im Herbst nach New York, wo sie beim UN-Zukunftsgipfel und der 79. Generalversammlung der Vereinten Nationen teilnehmen konnte. Dabei beriet sie die österreichische Delegation, vernetzte sich mit anderen Jugenddelegierten und nahm an verschiedenen Veranstaltungen teil. Highlight waren eigene Reden vor Ort sowie die Organisation eines Side-Events.



Markus Wainde Wane und Jana Berchtold vertreten gemeinsam als UN Youth Delegates die Interessen von Österreichs Jugend auf internationaler Ebene. © BJV

Information zum UN Youth Delegate-Programm

Die BJV hat in ihrem UN Youth Delegate-Programm ein Junior-Senior-Prinzip. Seit 2023 ist Jana Berchtold UN-Jugenddelegierte. Als Senior UNYD ist sie noch bis Frühling 2025 im Amt und wird neben ihren Vertretungsaufgaben Markus Wainde Wane (seit Frühling 2024 Junior UNYD), bei seinen Aktivitäten unterstützen. Im Frühling 2025 gibt es die nächste Möglichkeit, sich als UNYD bei der BJV zu bewerben. Du willst über alle Aktivitäten am Laufenden bleiben? Dann folge den UNYDs auf Instagram @at_unyd.



Während ihren Aufenthalten in New York konnten sich Jana Berchtold und Markus Wainde Wane mit vielen anderen UN-Jugenddelegierten austauschen. © BJV

„Was jetzt verhandelt wird, prägt unsere Gegenwart und Zukunft. Dies in New York aktiv mitgestalten zu können, ist eine unglaubliche Erfahrung. Es ist glasklar: Junge Menschen gehören in diese Räume und an die Verhandlungstische, denn unser Wissen und unsere Lebensrealitäten sind essenziell für eine wirklich zukunftsfähige Politik“, erklärt Berchtold.

In New York brachte die UN-Jugenddelegierte die Anliegen junger Menschen aus Österreich ein, die sie bei einer Tour durch die Bundesländer eingeholt hatte. Bei ihren Reden stellte sie die Themen Ungleichheiten und Zukunftsperspektiven, intergenerationelle Solidarität und Klimakrise als Verletzung der Kinderrechte in den Mittelpunkt.

Außerdem organisierte Jana Berchtold bei der Generalversammlung ein eigenes Side Event zum Thema „Youth for

global equality: Connecting SDG 10 and 17 with youth engagement“, wo die Ergebnisse der JUUN-Konferenz auf internationaler Ebene diskutiert wurden. Die JUUN-Konferenz wurde 2023 von der BJV gemeinsam mit der Afrikanischen Union organisiert. Ziel war es, den Dialog junger Menschen und ihre Mitbestimmungsrechte auch auf internationaler Ebene zu stärken. Dabei ging es u. a. um Ungleichheiten in der Bildung, ökonomische Ungleichheiten, Inklusion und globale Jugendpartnerschaften.

Markus Wainde Wane wurde im Mai 2024 als neuer „Junior-Delegate“ ausgewählt und ist seither gemeinsam mit Jana Berchtold aktiv in Österreich unterwegs, um Anliegen von jungen Menschen einzuholen. Seine Schwerpunkte setzt Markus auf das SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“, das SDG 16 „Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen“

sowie auf das SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“.

Auch Markus war im September in New York und nahm an den Action Days im Vorfeld des UN-Zukunftsgipfels teil. „Von Österreich bis New York Jugendpositionen zu vertreten, war eine steile Lernkurve. Diese inhaltliche Auseinandersetzung sowie das Verständnis, wie unsere Anliegen in den UN-Prozessen Gehör finden und einen Unterschied machen können, helfen mir enorm, die weitere Arbeit noch gezielter und bewusster fortzusetzen“, sagt Markus Wainde Wane.

Wer die Arbeit der UNYDs direkt verfolgen möchte, kann ihnen auf Instagram folgen unter @at_unyd.

Öffentlichkeitsarbeit

Pressestimmen

Zu den zentralen Aufgaben der BJV als Interessenvertretung zählt die Medienarbeit. Im vergangenen Jahr konnte die BJV wieder die Stimme junger Menschen stark in der Öffentlichkeit sichtbar machen und dadurch mehr Bewusstsein und Aufmerksamkeit für die Anliegen von Kindern und Jugendlichen schaffen. Die breite Themenpalette reichte dabei von der Mitbestimmung junger Menschen über Sicherheit, Klima bis zu Gesundheit und Kinderrechten, wie folgende Auszüge zeigen:

46

ORF

Politische Bildung auf dem Prüfstand

Dass Politische Bildung ab der fünften Schulstufe an Schulen als Fach verankert werden soll, betont auch die Bundesjugendvertretung (BJV). Es solle bis zur letzten Schulstufe durchgehend unterrichtet werden, damit Schülerinnen und Schüler in diesem Fach auch maturieren könnten, heißt es in einem Statement gegenüber ORF Topos: Aus unserer Sicht braucht es Politische Bildung in Verbindung mit Medienbildung. Denn gerade in der Pandemie oder auch jetzt im Zuge der Kriege hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, dass Kinder und Jugendliche Fakten von Unwahrheiten unterscheiden können.

ORF TOPOS, 19.9.24

Die Presse

Die Wahl einer neuen Generation

„Entgegen ihrem Ruf sind junge Menschen in Österreich ganz sicher nicht politikverdrossen. Wir sehen nur ein Problem beim Vertrauen in die institutionalisierte Politik“, erklärt [Sabrina Prochaska] im Gespräch mit der „Presse am Sonntag“. Warum ist das so? „Die Jungen glauben den Politikern einfach nicht, dass sie sich um ihre Probleme kümmern werden, damit es auch in Zukunft ein gutes Leben für sie geben wird. Denn die Politik stellt die Jungen nicht in den Vordergrund“, sagt Prochaska.

Die Presse, 22.9.24

NÖN

Michael Stadlmann vertritt Jugend bei EU

Der langjährige Bundesschulsprecher Michael Stadlmann setzt sich in den nächsten zwei Jahren für Österreichs Jugend ein.

Ein Thema, das ihm dabei am Herzen liegt, ist die politische Teilhabe von jungen Menschen. „Im heurigen Wahljahr ist es mir ein besonderes Anliegen, auf die Wichtigkeit der Europäischen Union und die Möglichkeiten der Partizipation aufmerksam zu machen. Eine hohe Wahlbeteiligung, besonders auch bei Jugendlichen, muss ein zentrales Ziel für die Politik sein. So wird nicht nur die Demokratie gestärkt, sondern auch die politische Gewichtung der Interessen von Jugendlichen“, betont der Pfaffstättner.

Niederösterreichische Nachrichten, 28.2.24

Kronen Zeitung

UN-Jugenddelegierte

Jana Berchtold aus Rankweil bringt in den kommenden Wochen die Anliegen junger Österreicherinnen und Österreicher beim Zukunftsgipfel der UN-Generalversammlung in New York ein. „Klima, Frieden, Sicherheit und Ungerechtigkeiten zählen zu jenen globalen Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können“, meinte die engagierte 25-jährige im Vorfeld.

Kronen Zeitung Vorarlberg, 20.9.24



ÖSTERREICH 1

Bundesjugendvertretung kritisiert „Jugendcheck“ von Gesetzen

2013 wurde der Jugendcheck für Gesetzesvorhaben eingeführt, die Kinder und Jugendliche betreffen. Nun zieht die Bundesjugendvertretung über die wirkungsorientierte Folgenabschätzung, so der Fachbegriff, kritische Bilanz. Rihab Toumi aus dem Vorsitzteam der BJV: „Wenn wir uns genauer ansehen, was in den letzten zehn Jahren passiert ist mit diesem Jugendcheck, haben wir oft leider feststellen können, dass es eigentlich ziemlich mangelhaft oder sogar auch gar nicht durchgeführt worden ist.“

Ö1 Morgenjournal, 2.1.24



hitradio ö3

Vorarlbergerin als UN-Jugenddelegierte

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung ist jünger als 30 Jahre. Ihre Interessen zu vertreten ist auch Aufgabe von Jana, die seit einigen Tagen in New York bei der UNO ist. Ihr geht es um zentrale Anliegen: Frieden, Klima, Bildung, Chancengleichheit. Diese globalen Themen können nur gemeinsam bewältigt werden, sagt sie im Gespräch mit Andi Knoll.

Ö3, 24.9.24



Parlament
Österreich

Familienausschuss berät über Zukunftsperspektiven der Jugend

Auf die Auswirkungen von Krisen auf das Wohlbefinden junger Menschen ging auch Julian Christian von der Bundesjugendvertretung (BJV) ein. Er sprach von einer unterfinanzierten psychologischen Gesundheitsversorgung und sprach sich für langfristige Maßnahmen wie kassenfinanzierte Psychotherapieplätze und den Ausbau an Psychiatrieplätzen aus.

Parlamentskorrespondenz, 25.3.24



Eine Stimme für die Jugend

Die 25-jährige Vorarlbergerin Jana Berchtold wird auf internationaler politischer Bühne tätig: In New York vertritt sie nämlich die Anliegen österreichischer Kinder und Jugendlicher auf UN-Ebene. Die Rankweilerin wurde dafür im Rahmen des UN-Jugenddelegiertenprogramms der Bundesjugendvertretung (BJV) ausgewählt.

Vorarlberger Nachrichten, 20.9.24



Frauentag: Politik weist auf zahllose Probleme hin

(...) Ähnlich äußerte sich die Bundesjugendvertretung (BJV), die sich erschüttert über das Ausmaß der Gewalt gegen Mädchen und Frauen zeigte. Nötig seien daher Sensibilisierung, Opferschutz und Prävention.

orf.at, 7.3.24



Regierungsvorhaben aus Jugendsicht

„Es ist auch heute noch genauso wie bei Regierungsantritt so, dass jedes 5. Kind von Armut betroffen oder bedroht ist. Und da sind noch gar nicht alle Entwicklungen der Teuerung oder sonstigen Krisen mit einberechnet“, so Sabir Ansari von der Bundesjugendvertretung. (...)

Zu wenig ist auch gegen den Mangel von Kinderärzten getan worden, kritisiert die Jugendvertretung, die außerdem fragt, ob für die psychische Gesundheit junger Menschen auch langfristig genug Mittel zur Verfügung stehen werden. „Was junge Menschen auch noch große Sorgen bereitet, ist die Klimapolitik. Hier bedauern wir es sehr, dass Österreich seit mehr als 1000 Tagen einfach kein wirksames Klimaschutzgesetz hat, obwohl es im Regierungsprogramm explizit genannt wird. Es gibt zwar einige positive Maßnahmen wie z. B. das Klimaticket, aber wir junge Menschen wollen hier klare und verbindliche Ziele und Maßnahmen und dafür brauchen wir einfach ein Klimaschutzgesetz.“

FM4, 26.1.24



Verbot unbezahlter Praktika

Pflichtpraktika als Teil der Ausbildung sind meistens unbezahlt. Dabei müssen junge Praktikant:innen in Österreich laut dem europäischen Jugendforum monatlich fast 1400 Euro Lebenshaltungskosten zahlen. Auf Praktika verzichten, ist aber keine Option, sagt Sabir Ansari: „Praktika sind Berufserfahrung. Und wenn ich die nicht habe, dann habe ich es automatisch danach viel schwieriger, einen Beruf zu finden.“

FM4, 12.1.24



Junge fordern mehr Fokus auf Sicherheit

Die Bundesjugendvertretung hat am Montag eine Reihe an Maßnahmen formuliert, gerichtet an eine künftige Bundesregierung. Diese solle die Interessen junger Menschen berücksichtigen. Als extrem bedeutend gilt den Jungen etwa das Thema Sicherheit.

ZIB 13:00, 12.8.24

DERSTANDARD

Wahlticker: Jugend will diskutieren

Die Bundesjugendvertretung (BJV) hat eine Wahlinfo-broschüre für junge Wahlberechtigte veröffentlicht und lädt zu einer Diskussionsveranstaltung. Junge sind laut BJV im Wahlkampf unterrepräsentiert und fühlen sich zu wenig informiert.

Der Standard 31.8.24

VIENNA.AT

Nationalratswahl: Bundesjugendvertretung mit Wahlhilfe für junge Wähler

Die Bundesjugendvertretung (BJV) hat eine Informationsbroschüre für junge Wählerinnen und Wähler herausgegeben und organisiert eine Diskussionsrunde.

vienna.at, 30.8.24



ÖSTERREICH 1

Nationalratswahl 2024: Jugendcheck der Bundesjugendvertretung

Sollen unbezahlte Praktika verboten und öffentliche Verkehrsmittel für alle unter 18-Jährigen kostenlos sein? Und braucht es einen niederschweligen Zugang zu kostenlosen Abtreibungen? Rund 30 Fragen zu diesen und anderen Themen hat die Bundesjugendvertretung allen bundesweit antretenden Parteien gestellt und im Jugendcheck zusammengefasst. Die Perspektive von Jugendlichen würde im Wahlkampf oft untergehen, sagt die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, Sabrina Prohaska. Ein besonders wichtiges Thema sei leistbares Wohnen: „Werde ich mir zukünftig noch meine Wohnung, mein Haus leisten können oder nicht? Natürlich ist auch ein Dauerbrenner das Klima mit der Klimakrise, dass man die nachhaltig bewältigen kann und bekämpfen muss.“

Ö1 Mittagsjournal, 20.9.2024



Wir haben die Wahl!

Die große Jugendediskussion zur Nationalratswahl mit deinen Fragen! Am 12. September live im Radiokulturhaus und im Videostream.

Radio FM4 und die Bundesjugendvertretung haben die Kandidatinnen und Kandidaten aller fünf derzeit im Nationalrat vertretenen Parteien eingeladen, sich euren Fragen zu stellen. Wie soll es weitergehen in diesem Land? Wie stehen die Fraktionen zu den Fragen der jungen Menschen in diesem Land? Das wollen wir gemeinsam mit euch herausfinden.

fm4.orf.at, 5.9.24

Die Presse

„In all den Krisen wurde auf die Jugend zu lange vergessen“

Die Bundesjugendvertretung will bei der Erarbeitung einer neuen Sicherheitsstrategie mitreden. Und sie pocht auf eine nachhaltige Lösung für die Klimakrise.

Die Presse, 12.8.24

KURIER

EU-Jugenddialog: Bundesjugendvertretung fordert Maßnahmen gegen Diskriminierung

Eine Online-Umfrage unter Jugendlichen verdeutlicht negative Auswirkungen von Diskriminierung und Hate Speech.

kurier.tv, 23.4.24

advantage

Pensionen absichern

„Die Pensionen müssen auch für die jetzige Jugend abgesichert sein. Wir junge Menschen brauchen das politische Bekenntnis, dass das Umlagesystem zukunftsfähig bleibt, auch wenn an manchen Schrauben gedreht werden muss. Ein Konflikt zwischen Alt und Jung bringt uns hier jedenfalls nicht weiter“, betont Julian Christian.

advantage.at, 12.8.24

Salzburger Nachrichten

Die Jugend will mitreden

Klima, Kinderarmut, psychische Gesundheit: Viele junge Menschen fühlen sich politisch nicht gehört. Die Bundesjugendvertretung fordert mehr Mitsprache – auch in Sicherheitsfragen.

Salzburger Nachrichten, 13.8.24

OÖNachrichten

Jugend wünscht sich Fokus auf Sicherheit und will mehr Mitsprache

Die Bundesjugendvertretung (BJV), die gesetzliche Vertretung der Kinder und Jugendlichen in Österreich, forderte am Montag zum internationalen Tag der Jugend mehr Möglichkeiten zur politischen Mitsprache ein.

Oberösterreichische Nachrichten, 13.8.24

Heute

Jugendvertretung will alle Kinderrechte in Verfassung

Am Tag der Jugend hat die Bundesjugendvertretung ihre Forderungen präsentiert. Man will etwa die Verankerung aller Kinderrechte in der Verfassung, die vom Sozialministerium angekündigte Kindergrundsicherung sowie ein neues Klimaschutzgesetz.

Heute, 13.8.24

Kronen Zeitung

Bundesvertretung: „Regierung muss unsere Anliegen ernst nehmen“

Die Bundesjugendvertretung (BJV) forderte zum gestrigen Internationalen Tag der Jugend mehr Möglichkeiten zur politischen Mitsprache. Die Anliegen müssten nicht nur im Wahlkampf, sondern auch von der künftigen Bundesregierung ernst genommen werden, betonte BJV-Vorsitzende Sabrina Prochaska.

Mehr mitreden will sie u. a. bei Sicherheitsthemen und beim Klimaschutz. Kinder und Jugendliche seien von den Auswirkungen von Corona oder Teuerung besonders stark betroffen.

„Hier wurde aber auf die Jugend viel zu lange vergessen.“

Kronen Zeitung, 13.8.24

KURIER

Jugendvertreter fordern Mitsprache

Die Anliegen von Kindern und Jugendlichen müssten nicht nur im Wahlkampf, sondern auch von der künftigen Bundesregierung ernst genommen werden, betonte die Bundesjugendvertretung-Vorsitzende Sabrina Prochaska. Mehr mitreden will sie bei Sicherheitsthemen und beim Klimaschutz: „In all den Krisen wurde auf die Jugend viel zu lange vergessen“, so Prochaska, es fehle der Blick auf eine generationengerechte Politik.

Kurier, 13.8.24

DER STANDARD

Von wegen Junge sind faul!

Es ist einer dieser Sätze, den viele – ich gehöre dazu – einfach nicht mehr lesen können: Junge Menschen seien faul. Die Generation Z wolle gar nicht arbeiten. Untersuchungen, Studien und Umfragen behaupten, Junge wünschen sich kurze Arbeitszeiten, aber viel Geld auf dem Konto. Halligalli, chillen und trotzdem alles haben? Es reicht. Diese Perspektive auf die Jungen in der Arbeitswelt muss endlich ein Ende finden. Sie ist zu kurz gefasst, das sollte mittlerweile klar sein.

Sabrina Prochaska, die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung, forderte etwa am Tag der Jugend am 12. August mehr politische Mitsprache für junge Menschen. Diese sei in Europa noch nicht überall selbstverständlich, Jugendliche müssten viel mehr in politische Entscheidungen eingebunden werden.

Standard Karriere Kolumne, 17.8.24

KURIER

Regierung startet Kampagne für mehr Kinderschutz

49

Die Bundesjugendvertretung (BJV) wies anlässlich der Präsentation in einer Aussendung darauf hin, dass Österreich bei der Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Verzug sei. Sie fordert etwa ein bundesweites Kinderschutzgesetz, das verbindliche Qualitätskriterien vorgeben soll.

Kurier, 9.4.24

DER STANDARD

Höhere CO₂-Preise, langlebige Waschmaschinen und eine „Siesta“: Was die Jugend von der Politik will

Im Parlament fand der dritte Klimajugendrat statt. Vor allem wird eine rasche und strikere Klimapolitik gefordert.

Vergangene Woche trudelten rund hundert Jugendliche im Alter von 14 bis 28 Jahren aus ganz Österreich in die Bundeshauptstadt ein. Das Ziel: klimapolitische Forderungen an die Politik stellen. Organisiert hat das Ganze die Bundesjugendvertretung (BJV), die gesetzlich verankerte Interessensvertretung aller unter 30-Jährigen mit sozialpartnerschaftlichem Status.

Standard.at, 17.4.24

DER STANDARD

Bundesjugendvertretung fordert mehr Maßnahmen gegen Diskriminierung

Mehr als die Hälfte der Jugendlichen hat laut einer Umfrage bereits Diskriminierung erlebt. 45 Prozent waren von Hate-Speech im Internet betroffen

Standard.at, 22.4.24

Start für erweiterte HPV-Gratisimpfung

„Bisher waren rund eine Million junge Menschen trotz Impfpflicht von diesem Angebot ausgeschlossen“, betonte BJV-Vorsitzende Rihab Toumi.

Tiroler Tageszeitung, 15.6.24

Unbezahlte Praktika? Wie die Parteien zu Jugendthemen stehen

Damit Jugendliche informiert in die EU-Wahl gehen können, hat die Bundesjugendvertretung eine Broschüre mit den wichtigsten Infos zur Wahl und einem „Jugendcheck“ über die Positionen der Parteien zu Jugendthemen auf EU-Ebene herausgebracht.

diePresse.com, 5.6.24

Kostenloses Klimaticket für alle 18-Jährigen startet mit 1. Juli

„Junge Menschen wollen mobil und eigenständig unterwegs sein. Das scheitert aber leider nur meistens an den Kosten oder an der Verfügbarkeit“, sagt Rihab Toumi, Vorsitzende der Bundesjugendvertretung.

Kurier, 17.5.24

OÖNachrichten**Jugendvertretung gegen Diskriminierung**

Die Bundesjugendvertretung fordert mehr Maßnahmen gegen die Diskriminierung junger Menschen im Bildungsbereich und am Arbeitsmarkt. So wurde über Ablehnungen von Bewerbungen wegen Kopftuch-Tragens oder Benachteiligung wegen eines nicht-deutschen Namens berichtet.

Oberösterreichische Nachrichten, 23.4.24

Gratis Klimaticket für 18-Jährige

88 000 neue Bahnfahrer, so viel hofft die Regierung mit dem neuen Klimaticket zu erreichen, denn ab 1. Juli dürfen 18-Jährige kostenlos mit Öffis fahren, um sich sozusagen daran zu gewöhnen. (...)

Auch Rihab Toumi von der Bundesjugendvertretung begrüßt das Gratisticket zum Einstieg in das Erwachsenenleben.

ORF konkret, 5.6.24

Diskussion um Gratis-Klimaticket für 18-Jährige

Für Jugendliche am Land sei der Ausbau der Verbindungen wichtig, so Rihab Toumi von der Bundesjugendvertretung. Profitieren werden trotzdem alle, sagt sie.

„Dass man beim Urlaub nicht mehr darüber nachdenken muss, wenn man Urlaub in Österreich macht, wie viel jetzt das Zugticket kostet, ist schon eine massive Erleichterung, einfach auch finanziell für junge Menschen.“

ZIB 3, 17.5.24

Jugendkonferenz: Thema Finanzen am Plan

Beim Treffen der zuständigen Landesregierungsmitglieder für Jugend aller Bundesländer in Graz wurden 22 verschiedene Themen besprochen. Im Zuge der Tagung wurden wichtige länderübergreifende Themen diskutiert und anschließend im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz präsentiert.

Parallel dazu fand die 5. Österreichische Jugendkonferenz statt. Sie ist Teil des EU-Jugenddialogs, der in Österreich von der Bundesjugendvertretung (BJV) koordiniert wird. Rund 60 junge Menschen nahmen an der Konferenz teil.

steiermark.orf.at, 7.6.24

Salzburger Nachrichten**Die Zukunft an der Urne**

Sabrina Prochaska, die Vorsitzende der Bundesjugendvertretung (BJV), sagt, man müsse viel früher ansetzen – und zwar bei der politischen Bildung an den Schulen. „Wir fordern, dass politische Bildung in allen Schulformen ab der fünften Schulstufe unterrichtet wird und dass man in diesem Fach auch maturieren kann“, sagt Prochaska. Derzeit liege es an den Lehrern an den Mittelschulen und höheren Schulen, wie viel politisches Wissen im Unterricht vermittelt werde. „Das ist definitiv zu wenig.“

Salzburger Nachrichten, 15.6.24

DATUM**Jugend wählt**

Um ein Haar wäre sogar die für viele Jugendliche richtungweisende Seite Wahlkabine.at aus finanziellen Gründen eingestellt worden. Zur Nationalratswahl im Herbst wird sie wieder funktionieren, aber, schlimm genug, die diesjährige EU-Wahl setzt der Verein dahinter aus. Als Ersatz hatte die Bundesjugendvertretung einen Inhaltscheck der Parteien ins Internet geladen, während das Medium andererseits eine Orientierungshilfe zur EU-Wahl in einfacher Sprache online stellte. So sollen sich vor allem Neuwähler, denen es oft an Wissen mangelt, einen Überblick holen und eine Meinung bilden können.

DATUM, 7.6.24

Immer über die Arbeit der BJV am Laufenden bleiben?
Dann folge uns auf unseren Social-Media-Kanälen
und abonniere unseren Newsletter!

 @bundesjugendvertretung

 @bundesjugendvertretung

 Bundesjugendvertretung

Kostenlose Materialien zu verschiedenen
Kinder- und Jugendthemen kannst du unter
www.bjv.at/ueber-die-bjv/materialien bestellen.

51

Die Newsletter-Anmeldung findest du unter
www.bjv.at/newsletter.



www.bjv.at